

Stenographisches Protokoll

8. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages - 28. Gesetzgebungsperiode
Montag, 20. September 1999

Inhalt

Zur Geschäftsordnung: Dr. Wutte (S. 659),
Koncilia (S. 659), Dr. Strutz (S. 660)

Erklärung des Vorsitzenden hinsichtlich Ge-
schäftsordnung (S. 660)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Wutte (S. 661),

Fragestunde (S. 661)

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 210-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des
SPÖ-Klubs betreffend die Benachteiligung
von Kärntnerinnen bei der Postenvergabe
und Rechtsschutz für die Bediensteten des
Landes

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing.
Rohr (S. 666)

Zur Dringlichkeit: Schober (S. 667), Mag.
Cernic (S. 668)

Ordnungsruf für Mag. Cernic (S. 669)
Arbeiter (S. 669), Dr. Strutz (S. 670), Dr.
Wutte (S. 671), Jost (S. 672), Kreutzer (S.
674),

Zur Geschäftsordnung: Koncilia (S. 675)
(Forts.) Scheider (S. 675), Sablatnig (S.
676), Ing. Rohr (S. 677),

Ablehnung der Dringlichkeit (S. 678)

Zur Geschäftsordnung, Antrag des SPÖ-
Klubs betreffend das Pilotprojekt zur Ein-
führung des Kinderschecks in den Gemein-
den Deutsch-Griffen und Feistritz/Gail zur
Überprüfung durch den
Landesrechnungshof (ursprüngl.
Dringlichkeitsantrag 4. Ldtgs.Zl. 142-5/28):
Ing. Rohr (S. 678)

Einstimmige Annahme (S. 678)

2. Ldtgs.Zl. 211-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des
SPÖ-Klubs betreffend die Neuorganisation
bzw. Ausgliederung der EDV

Zur Begründung der Dringlichkeit: Arbeiter
(S. 678)

Zur Dringlichkeit: Sablatnig (S. 679), Dr.
Strutz (S. 680)

Ablehnung der Dringlichkeit (S. 681)

3. Ldtgs.Zl. 212-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des
SPÖ-Klubs betreffend Berater- und Konsu-
lententätigkeiten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Arbeiter
(S. 681)

Zur Dringlichkeit: Dr. Wutte (S. 682),
Ablehnung der Dringlichkeit (S. 682)

4. Ldtgs.Zl. 142-5/28:

Als Antrag zur Geschäftsordnung nach
Dringlichkeitsantrag 1 eingebracht (S. 678)

5. Ldtgs.Zl. 120/7-28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des
SPÖ-Klubs betreffend die Patientenanwalt-
schaft und Kulturabteilung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Wulz
(S. 682)

Zur Dringlichkeit: Sablatnig (S. 683, 684),
Dr. Strutz (S. 684)

Ablehnung der Dringlichkeit (S. 685)

6. Ldtgs.Zl. 30-2/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des
SPÖ-Klubs betreffend Musikschulen -
Musikschulkonzept 2000

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag.
Cernic (S. 685)

Zur Dringlichkeit: Ing. Eberhard (S. 686),
Dipl.-Ing. Gallo (S. 686)

Ablehnung der Dringlichkeit (S. 687)

7. Ldtgs.Zl. 147-3/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend einen zügigen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schlagholz (S. 688)

Zur Dringlichkeit: Mag. Grilc (S. 689)

Ablehnung der Dringlichkeit (S. 689)

8. Ldtgs.Zl. 83-4/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel im Landesvoranschlag 2000 für Altenfachbetreuerinnen

Zur Begründung der Dringlichkeit: Kollmann (S. 689)

Zur Dringlichkeit: Sablatnig (S. 690)

Ablehnung der Dringlichkeit (S. 691)

9. Ldtgs.Zl. 80-3/28:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend die Einführung eines Schulstartgeldes

Zur Begründung der Dringlichkeit: Sablatnig (S. 691)

Zur Dringlichkeit: Koncilia (S. 692)

Ablehnung der Dringlichkeit (S. 692)

B. Dringlichkeitsanfragen:

1. Ldtgs.Zl. 210-2/28:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an LH Dr. Haider betreffend Postenbesetzung

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 692)

Ablehnung der Dringlichkeit und Behandlung (S. 692)

Zur Geschäftsordnung: Ing. Rohr (S. 692)

Zuleitung der Anfrage an den Befragten (S. 693)

2. Ldtgs.Zl. 142-6/28:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs an LR Ing. Pfeifenberger betreffend die Finanzierung des Kinderbetreuungsschecks

Zur Geschäftsordnung; Zurückziehung der Anfrage: Ing. Rohr (S. 693)

3. Ldtgs.Zl. 80-4/28:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs an LR Ing. Pfeifenberger betreffend die finanzielle Sicherstellung für die Einführung eines Schulstartgeldes

Mehrheitliche Zuerkennung der Dringlichkeit und Behandlung (S. 694)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Grilc (S. 694)

Zuleitung des Antrages an den Befragten (S. 694)

C. Anträge von Abgeordneten (S. 694)

Beginn: Montag, 20. 9. 1999, 11.01 Uhr

Ende: Montag, 20. 9. 1999, 13.45 Uhr

Beginn der Sitzung: 11.01 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**

A n w e s e n d : 35 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : **Dr. Haller**

M i t g l i e d e r d e s B u n d e s r a t e s :
Ing. Scheuch, Mag. Neuner, Mag. Trunk, Mag. Repar, Ing. Gruber

A m R e g i e r u n g s t i s c h : Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller**, Landesrat **Unterrieder**,

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Wurmitzer**;

Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**;
Landesamtsdirektor-Stellvertreter **DDr.**

Anderwald

S c h r i f t f ü h r e r : **Mag. Arnold**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich eröffne die heutige (verlangte) Landtagssitzung und begrüße Sie alle recht herzlich! Wie Sie entnehmen konnten, liegt heute eine sogenannte verlangte Landtagssitzung vor. Um durch einen Dringlichkeitsantrag die Postenbesetzungen im Lande Kärnten im Landtagsplenium erörtern zu können, haben Abgeordnete des SPÖ-Klubs in der erforderlichen Zahl die Abhaltung dieser Sitzung verlangt. Die Sitzung wurde fristgerecht einberufen.

Wir beginnen mit der Fragestunde. (*Abg. Dr. Wutte: Zur Geschäftsordnung!*)

Zur Geschäftsordnung hat sich Klubobmann Dr. Wutte gemeldet. Ich ersuche ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich stelle fest, daß die Einberufung der heutigen Landtagssitzung nicht nur überfallsartig und parteipolitisch motiviert sondern auch gegen die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages erfolgt ist. (*Zwischenruf*) Keine Ausnahme, Herr Kollege. Gemäß § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages kann die Einberufung von Landtagssitzungen nämlich nur durch schriftliche oder telegrafische Einladungen der Mitglieder des Landtages selbst erfolgen. Diese in der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages ausdrücklich geforderte, persönliche Verständigung der Abgeordneten ist jedoch durch das Landtagsamt bis zur Stunde nicht eingelangt. (*Lärm im Hause*) Eine Delegation der Verpflichtung des Landtagsamtes an die einzelnen Klubs, wie sie hier in der Obmännerkonferenz auch zur Sprache gebracht wurde, ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen und findet in dieser auch keine Deckung.

Auf meine ausdrückliche Befragung in der heutigen Obmännerkonferenz konnten mir auch der Landtagspräsident sowie der für das Amt verantwortliche Beamte keine diesbezügliche Bestimmung in der Geschäftsordnung nennen, die die gewählte Vorgangsweise decken würde. Daher wird diese Vorgangsweise, die gewählt

wurde, vom Klub der Österreichischen Volkspartei ausdrücklich mißbilligt.

Die politische Aktion dieser Vorgangsweise wird aber auch vollends darin sichtbar - und das möchte ich dem Hohen Haus nicht verschweigen -, daß gleichzeitig unser Antrag der Kärntner Volkspartei auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Hinweis auf die penible Einhaltung der Geschäftsordnung abgelehnt wurde. (*Lärm im Hause*)

Im diesbezüglichen Schreiben, das mir heute ausgehändigt wurde, ist davon die Rede, daß an Samstagen und an Sonntagen kein Dienstbetrieb im Landtag vorhanden ist und deshalb die Einberufung einer Aktuellen Stunde nicht möglich wäre.

Hier wird zweifelsohne, meine Damen und Herren, mit zweierlei Maß gemessen. Es wird als möglich erachtet, durch irgendeine Form der Auskunftserteilung an Abgeordnete eine gesamte Landtagssitzung einzuberufen - die Aktuelle Stunde wird unter Hinweis auf Formalkriterien abgelehnt. Diese Vorgangsweise wird seitens sämtlicher Abgeordneten des ÖVP-Landtagsklubs auf das Entschiedenste zurückgewiesen und mißbilligt.

Aufgrund der wiederholten Verstöße gegen die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages stelle ich für den Klub der ÖVP-Abgeordneten auch fest, daß der amtierende Landtagspräsident unser Vertrauen nicht mehr genießt und wir einen diesbezüglichen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung einbringen werden, daß der Landtagspräsident hinkünftig durch die (*Abg. Dr. Strutz: Durch die ÖVP bestimmt wird!*) Mehrheit des Hohen Hauses gewählt wird. Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Klubobmann Koncilia gemeldet!

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Die SPÖ hat also die bekannte Thematik in Frage gestellt und

Koncilia

einen Antrag eingebracht, eben eine Landtagssitzung einzuberufen. Dieser Antrag wurde von uns am Freitag eingebracht. Wir waren alle sehr überrascht, als wir am Samstag durch den Klub telefonisch in Erfahrung bringen mußten, daß bereits heute, am Montag, diese Sitzung stattfindet. (*Lärm im Hause*)

Ich möchte noch einmal darauf verweisen - was Klubobmann Wutte schon getan hat -, daß in der Geschäftsordnung im § 44 Abs. 3 genau geregelt ist, wie die Vorgangsweise einzuhalten ist. Es ist auch so, daß die Abgeordneten selbst nicht durch das Landtagsamt verständigt wurden, sondern durch die Klubs. Auch hier ist in der Geschäftsordnung genau geregelt, daß die Abgeordneten von sich aus zu verständigen sind.

Darüber hinaus möchte ich noch erwähnen, daß man zum Teil nach Dienstschluß und nachdem einzelne Personen in den Klubs nicht mehr im Dienst waren, diese Mitteilung erhalten hat. Ich möchte auch darauf verweisen, daß der Herr Präsident offensichtlich mit der Geschäftsordnung ebenfalls Probleme hat. Ich verweise darauf, daß schon einmal dem Herrn Landeshauptmann das Wort erteilt wurde, obwohl das geschäftsordnungsmäßig nicht geregelt war. Ich darf darauf verweisen, daß der Herr Abgeordnete Jost hier im Plenum Wahlbroschüren verteilt hat, was ebenfalls nicht möglich ist.

Es ist diesmal schon so, daß weder die Aktuelle Stunde noch die Fragestunde praktisch abgehalten werden kann. Das heißt, hier scheint doch der Verdacht nahe zu liegen, daß der Herr Präsident eher als Parteiobmann fungiert und weniger als Präsident. Ich möchte daher den scharfen Protest des SPÖ-Klubs einbringen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Geschäftsordnung hat sich Klubobmann Dr. Strutz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landtagspräsident! Seitens meiner Fraktion verwehre ich mich auf das schärfste gegen den Mißbrauch von SPÖ und ÖVP durch Wortmeldungen innerhalb der Geschäftsordnung. Das ist ein reines Wahlkampftheater, (*Lärm im Hause*) was die Kollegen Wutte und Koncilia hier produziert haben!

Allein die Begründung des SPÖ-Klubs, nämlich am Freitag die Einberufung einer Landtagssitzung zu beantragen und sich jetzt darüber aufzuregen, "... daß die Abgeordneten überrascht wurden von der Einberufung einer Landtagssitzung ...", spricht für sich selbst. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich möchte dazu festhalten, daß ich mich sehr wundere, wenn Sondersitzungen von den Abgeordneten verlangt werden, diese sich dann mokieren, wenn ich eine solche pflichtgemäß und ordnungsgemäß einberufe. (*Lärm und nicht verständliche Zwischenrufe im Hause*)

Ich möchte doch eine größere Sitzungsdisziplin und eine Arbeitsfreudigkeit von den Abgeordneten erwarten, die ja zu Sachthemen hier sprechen wollen - nicht aber ein Geschäftsordnungsgeplänkel machen wollen. (*Abg. Sablatnig: Wir haben keine Einladung bekommen!*)

Ich darf festhalten: Ich habe weder "überfallsartig" noch "parteipolitisch" entschieden, (*Erneuter Zwischenruf aus der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dr. Strutz: Der Präsident ist am Wort! - Abg. Sablatnig: Da braucht man den Strutz dazu! - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) sondern ich habe pflichtgemäß nach der Geschäftsordnung gehandelt und die Sitzung rasch einberufen.

Ich habe dabei - und das muß hier mitgeteilt werden - Rücksicht genommen auf Wünsche der ÖVP-Fraktion und der SPÖ-Fraktion, die am Mittwoch keine Zeit hatten, um diese Sitzung abführen zu können. (*Abg. Dr. Strutz: Haller wollte am Montag eine Sitzung machen! - Lärm im Hause.*)

Dipl.-Ing. Freunschlag

Am Dienstag, wie Sie wissen, finden Regierungssitzungen statt. Da habe ich es nicht für sinnvoll erachtet, parallel eine Landtagssitzung zu machen. Es erschien mir der Montag Vormittag, 11 Uhr - weil auch die Pressepräsenz hier noch gegeben ist -, als der geeignete Termin, wichtige Gegenstände, die ja als solche für die Sondersitzung als Begründung herangezogen wurden, hier zu behandeln.

Ich möchte auf die Geschäftsordnung verweisen und zitiere aus der Geschäftsordnung: "Besondere Regelungen über die Zustellung, wie es etwa das Zustellungsgesetz nach dem Bundesgesetzblatt enthält, fehlen. Die Zustellung von Einladungen wird daher entsprechend den unter dem Begriff "Empfangstheorie" zusammengefaßten Grundsätzen zu erfolgen haben, die von Lehre und Rechtsprechung zur Frage des Wirksamwerdens empfangsbedürftiger Willenserklärungen entwickelt wurden. Danach ist die Zustellung der Einladung als bewirkt anzusehen, wenn sie so in den Machtbereich des Abgeordneten gelangt ist, daß unter normalen Umständen zu erwarten ist, daß sich der Abgeordnete von der Einladung Kenntnis verschaffen kann." (*Abg. Sablatnig: Wir haben es aus den Zeitungen erfahren!*)

Ich hoffe und ich nehme an, daß in den Klubs hier "normale" Zustände herrschen. Die volle Präsenz gibt mir recht: Die Einladung ist wirksam geworden, und die Sitzung kann ordnungsgemäß abgewickelt werden. (*Starker Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Wutte meldet sich zu Wort. - Abg. Dr. Wutte: Bin ich am Wort, Herr Präsident?*)

Ja, ich habe schon den Lautsprecher eingeschalten.

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident Hohes Haus! Ihr voriges Zitat, Herr Präsident, ist nicht Inhalt der Geschäftsordnung, sondern eine Bemerkung unter der Fußnote 9 zum § 44 Abs. 3; daher nicht materielles Recht der Geschäftsordnung, in der es ausdrücklich heißt: "Die Einberufung hat eine Woche vor dem Stattfinden der Sitzung, bei Sondersitzungen anders (*Lautstarke Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion*), aber prinzipiell durch schriftliche ... " - nicht lachen, Kollege Strutz, bevor man das Ende kennt! - "... oder telegraphische Einladungen der Mitglieder des Landtages zu erfolgen."

Das geschah weder schriftlich noch telegraphisch und ist daher ein Verstoß gegen § 44 Abs. 3. Wir sind hier, weil wir Demokraten sind. Aber wir sprechen uns gegen die Vorgangsweise aus, daß hier die Geschäftsordnung mehrmals gebeugt wird. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

So! Ich hoffe, daß wir endlich zur Abwicklung der heutigen Sitzung kommen, die also dringend verlangt wurde und die auch selbstverständlich eine Anwesenheit von Zuschauern hier in das Hohe Haus gebracht hat - auch die Medien, die ich herzlich begrüße!

Ich möchte mitteilen: Klubobmann Dr. Haller hat sich entschuldigt; ebenfalls Herr Landesrat Pfeifenberger, der sich wegen Verhandlungen über Betriebsansiedelungen in Wien aufhält.

Ich komme somit zur

Fragestunde

und rufe die Frage auf:

1. Ldtgs.Zl. 42/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Ing. Rohr an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller

Ich ersuche ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller! Ich frage Sie: Wie hoch sind die

Ing. Rohr

Entschädigungssätze für landwirtschaftliche Flächen bei der Errichtung von öffentlichen Kanalisationsanlagen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Bei Kanalverlegungen auf Privatgrundstücken, speziell auf landwirtschaftlichen Grundstücken, sind meist drei Arten von Entschädigungen an die Grundbesitzer zu bezahlen. Die Kosten hierfür sind in den letzten Jahren enorm angestiegen und erreichen bereits 10, sogar manchmal 20 % der Baukosten. Tendenz: Weiter steigend.

Das sage ich in dem Zusammenhang, weil Sie sich bei der letzten Sitzung sehr intensiv mit der Preissituation im Bereich des Kanalbaues unterhalten haben. Das ist ein ganz wesentliches Element.

Nun zu den einzelnen Punkten:

Punkt 1, Flurschäden, Nutzungsentgang: Diese Entschädigung - hervorgerufen durch den Nutzungsentgang während der Bauarbeiten und Ertragsminderungen in den Folgejahren, zum Beispiel durch Bodenverdichtung - wird nur bei landwirtschaftlichen Grundstücken gewährt, und dies ist auch außerhalb jeder Diskussion. Das heißt also, die Schäden für den Grundbesitzer durch Ernteeinbußen sind meßbar und auch sichtbar.

Die hierfür in Anwendung stehenden Berechnungen der landwirtschaftlichen Sachverständigen bzw. der Landwirtschaftskammer sind, abhängig von Bodenart und Bodennutzung, österreichweit annähernd gleich.

Ein geringfügiger Unterschied besteht in der Anerkennung der Dauer der Folgeschäden zwischen drei und zehn Jahren. Kärnten liegt hierbei etwa im unteren Drittel. Die Entschädigung erfolgt auf Grundlage von detaillierten und langjährig entstandenen, nachvollziehbaren Berechnungstabellen der Landwirtschaftskammern. Die österreichweiten Unterschiede liegen hier innerhalb von 30 %.

Punkt 2, Entschädigung für Schächte, Wirtschafterschwernisse:

Diese Entschädigung, meist nur bei landwirtschaftlichen Grundstücken gewährt, ist unter dem Aspekt der Wirtschafterschwernisse beim Pflügen und Mähen auch klar nachvollziehbar. Diese Entschädigung erfolgt meist nach sogenannten Richtsätzen der Landwirtschaftskammern. Hier liegt der österreichweite Schwankungsbereich schon über 100 %. Kärnten liegt in etwa im Mittelfeld.

Unklar wird die Situation bei sogenannten unterirdischen Schächten. Das sind Schächte, deren Deckel zur Hintanhaltung von Wirtschafterschwernissen in zirka 50 Zentimeter unter der Geländeoberkante abgesenkt und niveaugleich mit Erdmaterial überschüttet werden. Während in den meisten Bundesländern diese Bauform keine oder nur sehr geringe Entschädigungsansprüche nach sich zieht, wird in den letzten Jahren in Gutachten der Kärntner Landwirtschaftskammer hierfür eine Entschädigung in der Höhe von rund einem Drittel wie für niveaugleiche Schächte errechnet.

Punkt 3 - das ist der springende Punkt - sind die Leitungsdienstbarkeiten:

Diese Entschädigung (eigentlich Abgeltung) wird für das Recht der Leitungsdienstbarkeit am Privatgrundstück gewährt.

Während bei Baugrundstücken eine unterirdische Rohrleitung Probleme bei der Bebaubarkeit nach sich ziehen kann, fehlt bei landwirtschaftlichen Grundstücken sowohl jede Begründung. Dennoch wird diese Entschädigung in den letzten Jahren, vor allem bei landwirtschaftlichen Grundstücken, verlangt und im Hinblick auf eine rasche Realisierbarkeit von Kanalanlagen in den meisten Fällen auch gewährt. Auch wurde festgestellt, daß die Landwirtschaftskammer Kärnten immer mehr Gutachten für Baugrundstücke erstellt, wofür die Zuständigkeit angezweifelt werden muß. (*Abg. Ramsbacher bezweifelt dies mit einem Kopfschütteln.*) Baugrundstücke mit ... ja du kannst das nachprüfen, Herr Kollege Ramsbacher. Baugrundstücke mit entsprechender Infrastruktur sollten eigentlich höherwertig eingestuft werden, als jene Grundstücke ohne Infrastruktur, das heißt, eine entsprechende Verfügbarkeit der Ver- und Entsorgung werten das Baugrundstück auf. Dies gilt auch für landwirtschaftliche Grundstücke bei einer allfälligen Widmung,

Schiller

wodurch eine hohe Wertsteigerung erreicht werden kann. Erfolgt auch zukünftig keine Widmung, dann scheint die Entwertung des Grundstückes für die landwirtschaftliche Nutzung nicht argumentierbar. Es ist also kein Gutachten mit entsprechender Begründung hierfür bekannt, dennoch werden vermehrt Entschädigungen verlangt.

Und es hat die Landwirtschaftskammer hierfür sogenannte Richtsätze für die Entschädigung von Leitungsdienstbarkeiten erstellt. Österreichweit streuen diese Richtsätze um über 400 Prozent, wobei im Bundesland Kärnten die derzeit höchsten Sätze verlangt werden. Durch diese, speziell im ländlichen Raum verlangten Entschädigungen, verteuert sich der Kanalbau teilweise um bis zu 20 Prozent. *(Abg. Lutschounig: Das ist aber schon ein Witz das!)* Ja, Herr Abgeordneter Lutschounig, das habe ich mir nicht aus dem Finger gesaugt, sondern das sind nachprüfbare Fakten, die Sie jederzeit in meiner Fachabteilung nachprüfen können und wenn Sie in den letzten Tagen und Wochen über eine Preissenkung bzw. Absenkung der Betriebskosten im Kanalbereich diskutieren, dann fordere ich Sie auf, daß Sie alles was Sie tun können, im Bereich der Landwirtschaftskammer aktivieren, damit die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auch etwas davon haben. *(Abg. Lutschounig: Die Grundeigentümer sollen das kostenlos zur Verfügung stellen!)* *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Umweltreferent! Da Sie jetzt die Kostenentwicklungen in diesem Bereich bejammert haben, frage ich Sie: Was hat Sie daran gehindert, ein Kostensenkungsmaßnahmenpaket zu erarbeiten, wie das Ihre Vorgängerin Dr. Sickl getan hat, die 40 Prozent Senkung allein bei den Baukosten erreicht hat oder in Verhandlungen zu treten, wie das Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold bei den Mieten oder Landeshauptmann Haider beim Strompreis getan haben und auch geschafft haben?

(Der Vorsitzende erteilt LH-Stv. Schiller das Wort.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Sie nehmen hier Bezug auf Ihren Antrag von der letzten Landtagssitzung und führen auch die Studie, die die Wirtschaftskammer angeführt hat an und kritisieren jetzt Kostensteigerungen ... *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich habe nur gefragt, was Sie getan haben!)* ... und führen ein Beispiel an. Ich habe das jetzt nicht kritisiert. Die Frau Landesrätin hat sich in dieser Sache redlich bemüht. Sie führen aber ein Beispiel an, wo ich sagen muß, da belügen Sie sich selbst mit diesem Antrag in der Begründung, wenn Sie schreiben, daß der Hotelier im Jahr 1997 im Kärntner Schnitt 29.250,- Schillinge bezahlt hat und im Jahre 1999 32.805,- Schillinge. Das bedeutet eine Steigerung von 12,1 Prozent. Dann kann ich dazu sagen, daß von 1997 bis April 1999 die Frau Landesrätin die Verantwortung gehabt hat. Da können Sie mir die Kostensteigerung nicht umhängen, sondern ich bin dabei, diese Dinge in Angriff zu nehmen.

Ich hätte diese Antwort früher gegeben, wäre ich das letzte Mal nicht verhindert gewesen, weil diese Auskunft mir Mitte August übermittelt worden ist und ich jetzt dabei bin, auch mit einer Beratungsfirma die in den letzten Jahren im Bereich der Gebührengestaltungen tätig war, Kosten-, Nutz- bzw. Kostensenkungskonzepte zu entwickeln. Da geht es darum, einen spezifischen und standardisierten Kosten- und Leistungskatalog zu entwickeln, wenn das in Österreich um 400 Prozent streut, dann kann etwas nicht in Ordnung sein, da gebe ich Ihnen Recht.

Und es geht auch darum, auf der finanztechnischen Ebene dafür zu sorgen, daß im Energieabgabebereich Rückvergütungen im Finanzministerium geltend gemacht werden. Seit 1. Juni 1996 ist das möglich. Wir werden in den kommenden Wochen mit den Verbänden und den Gemeinden intensive Gespräche führen, um auch in der Darlehensebene einiges zu bewegen. Aber letztendlich, glaube ich, müssen wir bemüht sein, auch jenen zu helfen, die sich selbst

Schiller

nicht helfen können. Und Sie wissen, daß über Initiative der Sozialdemokraten vor zwei Jahren für sozial Schwache eine Förderung im Budget eingeführt wurde. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die Initiative war aber unsere!)* Naja, wie sehr Sie dieser Initiative nachhängen und wie sehr Sie die ernst nehmen, merkt man im Budgetentwurf des Landesrates Pfeifenberger, dort steht nämlich jetzt eine glatte Null drinnen. Und wir werden eine Streichung nicht zulassen, deswegen haben wir das letzte Mal den Antrag eingebracht. Das hat der sozialdemokratische Klub verlangt und ich unterstütze diese Initiative, daß für sozial Schwache in unserem Lande, das sind ungefähr 600 bis 700 Anträge pro Jahr ... *(LH Dr. Haider: Das ist nicht ganz fair! Da warst nicht ganz fair! Das was ausgemacht ist, dafür hast du die Mittel zur Verfügung bekommen!)* Ja, bitte Herr Landeshauptmann! Es gibt die Anfrage bzw. ... *(Lärm im Hause.) (Zwischenruf von Landeshauptmann Dr. Haider und weiteren Abgeordneten des FPÖ-Klubs.)* Aber, man wird ja bitte wohl laut nachdenken können, wo man das Geld herkriegt, bittschön. *(LH Dr. Haider: ... dann sag nicht, daß es eine Null ist.)* Naja, bis jetzt habe ich noch keine Zusicherung. *(LH Dr. Haider: ... das ist so vereinbart ...)* *(Lärm im Hause.)* Ja bittschön, das was mit euch mündlich abgemacht wird und was vereinbart wird, das ist morgen schon ganz anders. Also auf das verlasse ich mich nicht, solange es nicht auf dem Papier steht. Und es steht auf keinem Papier. *(Weiterer Zwischenruf von Landeshauptmann Dr. Haider.)* Ja, es hat einen Beschluß gegeben, Herr Landeshauptmann, den alle Fraktionen dieses Landtages beschlossen haben, das werde ich auch realisieren, daß wir uns bemühen werden, die Kosten im Kanalbereich abzusinken. Es hat auch einen Beschluß gegeben, vom Landesrechnungsrat war da im Landtag nicht die Rede. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Vielleicht hat der Dr. Haller das diktiert!)* Ja, aber ich muß dazu sagen *(LH Dr. Haider: ... ja, aber was ausgemacht ist, ist ausgemacht ...)*. Ja, aber wo steht das. Wo steht das. *(Weitere Zwischenrufe von Landeshauptmann Dr. Haider.)* Das muß ich aber sagen, es steht nirgends. *(Vors.: Herr Landeshauptmann! Am Wort ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!)* Solange ich die Dinge nicht am Papier habe, und das muß

erst einmal konzeptiv vorbereitet werden, glaube ich das nicht. Und ich unterstütze diesen Antrag, der da lautet, daß die Anschlußbeiträge für den Kanalbereich, damit wir das nicht verwechseln ... *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold.)* ... es geht da um die Finanzierung der Kanalprojekte. Mir geht es aber jetzt um die Unterstützung der sozial Schwachen. Und da muß ich schon sagen ... *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ein einstimmiger Landtagsbeschluß das letzte Mal, du warst leider nicht da!)* Ja, das werde ich auch umsetzen, aber ich brauche das Geld dazu. Da ist null drinnen im Budget. Da brauchen wir nicht vom Landesrechnungsrat reden, da steht null drinnen *(Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion und von Abg. Schober.) (Lärm im Hause.) (Vors.: Herr Abgeordneter Schober, die Vorsitzführung obliegt mir, passen Sie auf, dann werden Sie das auch alles mitbekommen. Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller!)*

Ich habe, glaube ich, eine erschöpfende Auskunft gegeben. Den einen Bereich, der das letzte Mal im Landtag beschlossen wurde, was die Gebührenstruktur anbelangt. Den zweiten Bereich, was die Unterstützung für die sozial Schwachen anbelangt. So sind die Budgetmittel vorzusehen. Derzeit steht null drinnen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du hast ja für 2001 gefordert ...)* *(Vors.: Herr Abgeordneter Gallo, Sie haben Ihre Frage schon gestellt.) (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Danke!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Abgeordneter Ramsbacher hat sich noch gemeldet. Ich bitte, eine Zusatzfrage zu stellen.

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Hoher Landtag! Die Richtlinien, die in der Landwirtschaftskammer für Entschädigungssätze ausgearbeitet werden, gelten für alle Entschädigungssätze. Sei es bei Inanspruchnahmen von Straßen, von Kanal, von der KELAG, zum Beispiel. Und ich kann

Ramsbacher

zitieren, die KELAG hat der Landwirtschaftskammer vor kurzem einen Brief geschrieben, wo sie sich über die objektive, fruchtbare Zusammenarbeit bedankt und sich auch bedankt, daß es ein sehr gutes Verhältnis zwischen der Abteilung, die Entschädigungssätze ausarbeitet, gibt. Deshalb verwundert es mich ganz besonders ... (*Vors.: Bitte nicht zu wundern, sondern eine Frage zu stellen, Herr Abgeordneter bitte!*) ... es wundert mich schon, daß hier kritisiert wird und die Behauptung aufgestellt wird, daß 20 Prozent der Kosten hier von landwirtschaftlichen Entschädigungssätzen abhängt. Ich darf Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter daher fragen ... (*Landeshauptmann-Stellvertreter: 10 bis 20 Prozent, das stimmt ...*) (*Vors.: Ich bitte, die Frage zu stellen!*) Diese Richtsätze für Entschädigungen sind hier in einem Buch ausgearbeitet ... (*Vors.: Ich bitte, die Frage zu stellen!*) ... und es gibt davon eine Herausgabe der ... (*Vors.: Herr Abgeordneter, ich ermahne Sie, bitte die Frage zu stellen, sonst muß ich Ihnen das Wort entziehen!*) ... die Frage ist ja, nämlich Dipl.-Ing. Kulterer, Dipl.-Ing. Gruber und Dr. Ronai-Matschnig, diese drei gerichtlich beeideten Sachverständigen haben diese Richtsätze herausgebracht und begutachtet. Zweifeln Sie die Wertigkeit dieser gerichtlich beeideten Sachverständigen an, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter?

(*Der Vorsitzende erteilt LH-Stv. Schiller das Wort.*)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller**
(SPÖ):

Ich habe gar nichts angezweifelt. Ich habe festgestellt, daß die Richtsätze in Kärnten zu hoch sind, und das ist nachweisbar. Die Anfragebeantwortung ist für mich auch gleichzeitig die Aufforderung und auch die Einladung an die Landwirtschaftskammer sich das zu überlegen, was sie dazu beitragen kann, um die Dinge für den Bürger und für die Bürgerin kostengünstiger zu gestalten. Das wäre ein Teil. Ich sehe nicht ein, daß in Kärnten andere Richtsätze, bis zu mehrere hundert Prozent höher verlangt werden als in anderen Bundesländern. (*Abg. Ramsbacher: Das ist eine*

Unterstellung.) (*Vors.: Der Fragesteller hat noch eine Zusatzfrage - Herr Abgeordneter Rohr!*)

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Kollege Gallo hat auf den im Landtag beschlossenen Antrag bereits hingewiesen. Es sind das letzte Mal in der Landtagssitzung zwei einstimmige Dringlichkeitsanträge, der eine zu den Kanalbenutzungsgebühren, der zweite zu den Kostenzuschüssen bei privaten Haushalten gestellt worden. Sie waren bei dieser Landtagssitzung entschuldigt und verhindert. Wie schnell, denken Sie, daß ein entsprechendes Kostensenkungsprogramm im Interesse aller privaten Haushalte in Kärnten umzusetzen sein wird?

(*Der Vorsitzende erteilt LH-Stv. Schiller das Wort.*)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller**
(SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Ich glaube, das Land Kärnten hat immer zielorientiert im Bereich der Abwasserentsorgung gearbeitet. Das heißt, wir haben Ende der 60iger-Jahre mit der Entwicklung eines Prioritätenkataloges, der in der Stufe 1 die Seensanierung enthalten hat, sehr erfolgreich begonnen. Diese wurde Mitte/Ende 1970 abgeschlossen. Es wurde dann die Fließgewässersanierung begonnen; diese wurde Ende 1980 abgeschlossen. Auch das hat über zwei Milliarden Schilling gekostet. Wenn man heute davon spricht, daß Kärnten Schlußlicht ist, dann müssen wir diese beiden Ebenen miteinbeziehen, weil das einfach die Bevölkerung dieses Landes sehr stark belastet hat, die Wirtschaft stark belastet hat und weil andere Bundesländer diese Erfordernisse nicht in der erforderlichen Zahl umzusetzen gehabt haben.

Die Ebene 3 ist jetzt die Gemeindekanalisation und da haben wir bis zum Jahr 2012/ 2013, noch einen Finanzierungsbedarf von 17 Milliarden Schilling. Mir geht es darum, daß wir die Kosten in unserem Lande so verteilen, daß die die sich

Schiller

das schwer leisten können, auch eine dementsprechende Unterstützung bekommen und daß wir für alle, auch für die Entwicklung eines Vorteiles für den Wirtschaftsstandort Kärnten, darüber nachdenken, wie die Kosten abgesenkt werden können. Und ich glaube, daß es möglich sein wird, aufbauend auf die Arbeiten der Vergangenheit, auch in den nächsten drei bis vier Monaten, also bis Anfang des nächsten Jahres, wird es eben Gespräche - sowie ich es heute angekündigt habe - mit der Landwirtschaftskammer, aber auch mit der ÖKK und mit den Verbänden geben, um die Kosten zu reduzieren. Aber ich bin guten Mutes, daß es auch gelingen wird im Budget jene Mittel vorzusehen, um diese Initiative zur Unterstützung der sozial Schwachen zu ermöglichen.

In einem Punkt, Herr Abgeordneter Ramsbacher, waren Sie ja sehr erfolgreich, nämlich die Lasten ungleich zu verteilen. Nämlich dort, wo Sie im Bereich des Pflichtanschlusses innerhalb der gelben Linie mitgewirkt haben, daß die Landwirte ihre häuslichen Abwässer nicht an einen Kanal anschließen brauchen. (*Zwischenruf von Abgeordneten Ramsbacher.*) Naja, für uns Sozialdemokraten ist das eine massive Ungleichbehandlung der Situation. Da zahlen halt einige andere dafür mehr, damit sich einige Wenige, die ohnedies genügend Fläche zur Verfügung haben - weil kleinere Bauern kommen nicht in den Genuß dieser ganzen Angelegenheit - Geld ersparen. Das ist beschlossen. Das Gesetz habe ich zu vollziehen, aber es ist nicht in meinem Sinne. Und ich darf

den Hohen Landtag ersuchen, wenn es um die finanzielle Bedeckung dieser Wünsche geht, nämlich den sozial Schwachen, aber auch insgesamt den Kanalprojekten der nächsten zehn Jahre in den Budgets die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen.

Und weil der Herr Landeshauptmann über ein Landesrecht gesprochen hat: Ich muß sagen, wenn man darüber diskutiert, muß man konkret zuordnen, wer was bekommt, in welcher Weise das verwendet wird. Ich glaube, zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die Sozialdemokratie kein großes Interesse, daß an der Wohnbauförderung herumgetrickelt wird, es ist sowieso schon Verunsicherung genug auf der Welt. Ich glaube, unsere Aufgabe muß es sein, Landesvermögen auch sinnvoll in dem Bereich einzusetzen, wofür das Geld da ist. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):**

Hohes Haus! Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Tagesordnung und stelle die Beschlußfähigkeit fest. Ich begrüße den Herrn Landeshauptmann mit seinen Regierungsmitgliedern zur heutigen Sitzung. Nachdem keine offenen Tagesordnungspunkte vorgelegen sind, konnten solche nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Ich ersuche den Schriftführer um die Verlesung des Einlaufes.

Mitteilung des Einlaufes:

Schriftführer **Mag. Arnold:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

A.Dringlichkeitsanträge

1. Ldtgs.Zl. 210-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Landespersonalreferent Dr. Jörg Haider wird aufgefordert, einerseits bei der Vergabe von zusätzlichen Posten dafür Sorge zu tragen, daß jedenfalls allen Kärntnerinnen und Kärntnern die Möglichkeit zur Bewerbung geboten wird und andererseits dem Kärntner Landtag unverzüglich eine Novelle des Kärntner Dienstrechtsgesetzes vorzulegen, welche eine Wiederinkraftsetzung der Bestimmungen über die Versetzung, Verwendungsänderung und Dienstzuteilung vorsieht, wie sie vor der

Mag. Arnold

4. Kärntner Dienstrechtsgesetznovelle bestanden haben.

Der Antrag trägt die erforderliche Zahl von Unterschriften.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich als erster Herr Abgeordneter Rohr gemeldet. Ich weise darauf hin, daß wir uns hier in der Begründung zur Dringlichkeit befinden und fünf Minuten Redezeit einzuhalten sind. Ich werde wieder die Uhr laufen lassen.

Ich bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! In den eingehenden Statements der Klubobmänner wurde vom Klubobmann der FPÖ der SPÖ vorgehalten, daß diese Sonderlandtagssitzung ein Wahlkampf und Aktionismus im Landtag wäre.

Herr Klubobmann Strutz, ich muß Ihnen entgegenhalten, daß der Landtag die Kontrollinstanz der Landesregierung ist. Wo dann, wenn nicht im Parlament, sollte der Landtag Vorfälle, die in der Regierung zu Tage treten, entsprechend behandeln?! Der Landtag ist die Kontrolleinrichtung der Kärntner Landesregierung. Daher haben wir diese Kontrolle hier im Landtag entsprechend wahrzunehmen. Daher war es auch Anlaß, unverzüglich diese Landtagssitzung seitens der SPÖ-Fraktion zu beantragen.

Erinnern wir uns zurück! Der Herr Landeshauptmann hat vor einem halben Jahr "harmonische Kooperation" angekündigt. Er hat Gesprächsbereitschaft signalisiert. Ja, man hat eigentlich gar nicht genau gewußt, wo denn so viel Kreide herkommt, auf einmal, wie der Herr Landeshauptmann da staatsmännisch durch das Land gezogen ist.

Nach einem halben Jahr, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wird jede Form dieser Kooperation vermißt. Nach einem halben Jahr, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wird jede Form der Objektivierung, der Gesetzmäßig-

keit der entsprechenden Verordnungen verlassen. Das geht so weit, daß die Menschen, Kärntnerinnen und Kärntner, keine Chance mehr haben, sich im Landesdienst zu bewerben. Leute, die für entsprechend ausgeschriebene Posten sich bewerben möchten, haben nicht die Chance dazu, weil es keine Ausschreibungen gibt, weil ohne jegliche Möglichkeit der Stellenausschreibungen Posten nachbesetzt, neubesetzt und Leute dazugesetzt werden. Das ist eine Form, die wir nicht zur Kenntnis nehmen können, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ohne jedes Feingefühl werden Leute versetzt bzw. ihrer Funktion enthoben.

Ich erinnere nur an die Beispiele, als es um die Stelle des Landesjugendsekretärs ging. Hier hat Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold dann halt einen entsprechenden Posten neu geschaffen und einen entsprechenden Aufpasser dem amtierenden Landesjugendsekretär beigelegt.

Oder beispielsweise die sogenannte Besetzung der fachlichen Oberaufsicht im Landesschulbereich. Hier wird ein Sekretär des Landeshauptmannes für Büros im konkreten Fall beauftragt, die Schulabteilung zu überwachen. Ein Beamter, der zusätzlich Personalvertreter ist, der in der Vergangenheit hervorragende Arbeit geleistet hat, wird ohne jede persönliche Kontaktnahme öffentlich abgesetzt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn das die Vorgangsweise einer entsprechenden korrekten FPÖ-Postenbesetzung ist, dann darf ich Ihnen das entgegenhalten. *(Der Redner rollt ein großformatiges knallgelbes Plakat auf.)* "Postenbesetzung neu - Freunderlwirtschaftspartei. Keine Ausschreibung; keine Objektivierung; keine Planstellen; keine Voraussetzungen; nach Möglichkeit blau; der herrschende Landeshauptmann von Kärnten".

Das sind die Prinzipien, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die in der Regierung Einzug halten. Gegen diese Prinzipien, die jeder demokratischen Form widerlaufen, müssen wir und sehen wir uns verpflichtet, einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag einzubringen.

Wir sind gegen Willkürakte im Personalbereich. Wir wollen nicht zuschauen, daß im Bereich der Musikschulen entsprechende Blockaden stattfinden, daß das Musikschulwerk nicht entsprechend umgesetzt wird *(Vorsitzender:*

Ing. Rohr

Noch eine Minute!) Wir wollen nicht zuschauen, daß Konsulenten, Berater und Koordinatoren als freiheitliche Freunde zum Zug kommen. Freunderlwirtschaft statt Objektivierung greift in Kärnten Platz. Und das ist etwas, gegen das sich die Sozialdemokratie und wir sozialdemokratischen Abgeordneten in diesem Hohen Haus hier im Landtag, uns massiv aussprechen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schober das Wort.)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn auch die heutige Sitzung so angelegt sein sollte, von seiten der F mit einem Knalleffekt zu enden, nämlich mit einem Knalleffekt für sie: dann ist es in Wahrheit genau die Flucht nach vorne, die Sie planen. *(LHStv. Ing. Reichhold: Meinst du den Haller jetzt?)*

Denn eines, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, wenn ich in der letzten Sitzung den Vorwurf gemacht habe, außer Ankündigungen und Versprechungen nichts in diesem Lande getan zu haben, so muß ich heute meine Aussagen wohl etwas anders anlegen. Sie haben nämlich Ihr erstes Wahlversprechen eingelöst. Sie haben nämlich unter anderem in Vorwahlzeiten angekündigt: "Wir haben die Lösungen und brauchen nur noch die Macht." Sie haben damit zwar nicht gegen das Strafgesetz verstoßen *(Heiterkeit im Hause)*, Sie haben aber in Ihrer Eigenschaft als Personalreferent des Landes eine psychologische Kriegsführung am Arbeitsplatz eingeleitet. Dafür gibt es ein Modewort - das heißt Mobbing.

Schauplatz ist die Landesverwaltung, Beteiligte sind die Beamten und Vertragsbediensteten, und der Kriegsführer sind Sie, Herr Landeshauptmann, als Personalreferent. *(Lärm im Hause)* Jeder Beamte und jeder Vertragsbedienstete, der einen politischen Referenten als Vorgesetzten hat, macht in seiner Laufbahn eine Gratwanderung. *(Zwischenruf)* Ich bin schon dabei. Ist er nicht gefügig, so ist sein Fortkommen schon gescheitert. Macht er das, was ihm angeordnet wird, so gerät er in eine

Abhängigkeit und in die Krallen der politischen Willkür. *(Heiterkeit und Lärm im Hause)*

Wenn ich nur zwei Beispiele der jüngsten Vergangenheit hernehme, so haben Sie den ausgebooteten Beamten zwar kein Verfehlungen nachweisen können, weil sie aber nicht Handlanger und Vollzieher Ihrer politischen Absichten werden wollten, haben Sie denen einfach einen zweiten Mann beigegeben, der - ob er will oder nicht - automatisch in Ihre Fänge gerät. Und jetzt werden Sie warten, bis sie sich gegenseitig attackieren und aufeinander psychischen Druck erzeugen.

Im Landesjugendsekretariat haben Sie auch noch schemenhaft verkünden lassen, daß es sich ohnedies um zwei Rote handelt - um in Wahrheit nur abzuwarten, bis beide das Handtuch werfen und Sie dort endlich einen Blauen hinsetzen können. Daß Sie dabei - wie von Ihnen oftmals gefordert - die Objektivierung völlig übergehen und mit Füßen treten, ist Ihnen beim derzeitigen Höhenflug und im Machtrausch völlig egal. *(Abg. Dr. Strutz: Höhenflug, das stimmt! Vorarlberg!)* Das ist also Ihre Wahlankündigung: "Wir haben die Lösung und brauchen nur noch die Macht."

Noch eines, liebe Freunde von der F: Wenn Sie uns Sozialdemokraten vorwerfen, daß wir es früher auch so getan haben, dann frage ich Sie: Wo sind denn Ihre besseren Lösungen dazu? *(Heiterkeit im Hause)* Herr Landeshauptmann, wissen Sie eigentlich, daß hinter all diesen Entscheidungen, die Sie getroffen haben, viel menschliches Leid steckt? *(LHStv. Ing. Reichhold: Vielleicht erschießen sich die Leute, machen Selbstmord?)* Wissen Sie eigentlich, daß Sie als Landeshauptmann und Personalreferent auch moralische Verantwortung für die Bediensteten des Landes zu tragen haben? - Ich wünsche es niemandem, daß ich jemals an diese Worte erinnern muß. Aber, wie gesagt: Das ist eine Frage der Moral. Und die scheint bei Ihnen nicht viel Gewicht zu haben. Für Sie ist wichtig: Macht, Einflußnahme. Und ich frage: Wen schießen wir als nächsten ab? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Hat diese Rede auch wieder der Reparatur geschrieben? - Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Ich möchte aufmerksam machen, daß Sie zur Dringlichkeit sprechen und nicht eine Sachdebatte abgeführt werden kann, weil ja noch die Dringlichkeitsabstimmung aussteht. Als nächste hat sich Frau Abgeordnete Cernic gemeldet.

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Begründung der Dringlichkeit des vorliegenden Dringlichkeitsantrages einige weitere exemplarische Beispiele für Haider-Objektivierung, nach dem Motto: "Ich objektiviere so lange, bis die drankommen, die ich mir wünsche."

Die Patientenanwältin des Landes Kärnten, Frau Dr. Lakomy, trat mit 30. 6. 1999 in den Ruhestand. Um einen nahtlosen Übergang in dieser für die Patientinnen und Patienten so unendlich wichtig gewordenen Einrichtung zu ermöglichen, wurde zeitgerecht, nämlich im Jänner 1999, von der Abteilung 12 die Ausschreibung der freiwerdenden Planstelle urgirt. Am 25. März wurde diese Ausschreibung in der "Kärntner Landeszeitung" veröffentlicht. Am 11. Juni 1999 wurde das bereits weit fortgeschrittene Auswahlverfahren von Landeshauptmann Haider gestoppt, weil eine FPÖ-Gemeinderätin sich ungerecht behandelt fühlte. Sie hatte nachweislich die Ausschreibungskriterien nicht erfüllt und war daher nicht ins Auswahlverfahren gelangt. (*Abg. Jost: Das ist nicht wahr!*) Das hätte sich sehr schnell feststellen lassen. Es erfolgte jedoch eine Neuausschreibung am 2. September 1999. Die Stelle ist nunmehr seit drei Monaten unbesetzt.

Jeder, der weiß, daß die Patientenanwältin im Jahr 1998 3.809 Vorsprachen zu bearbeiten hatte, kann sich vorstellen, was das bedeutet: Chaos in der Patientenanwaltschaft; auch in den nächsten Monaten, wenn alle liegengebliebenen Fälle zusätzlich zu den neu auftretenden Fällen behandelt werden sollen. Versäumte Einspruchsfristen, erschwerte Recherchearbeiten; unter Umständen Millionenverluste für die Betroffenen. Denn in den vergangenen Jahren

hat die Patientenanwaltschaft zweistellige Millionenbeträge an Kulanzzahlungen durch Haftpflichtversicherungen für betroffene Kärntnerinnen und Kärntner erstritten. Die Haftpflichtversicherungen werden sich freuen, Herr Landeshauptmann.

Hätten die verantwortlichen Beamten diese Verzögerung verursacht, hätten sie mindestens mit einigen subtilen Landeshauptmann-Beschimpfungen zu rechnen. Das Repertoire unseres Landeshauptmannes an Schimpfwörtern ist groß: "Schreibtischtäter" vielleicht oder "Chaoten", "Diebsgesindel", "Gauernerpack" vielleicht oder auch "Schrumpfaustriaken" und "Gartenzwerge". Oder vielleicht darf es etwas aus der Haider'schen Tierschublade sein: "Filzläuse, Blutegel, Blutsauger" oder ähnliches; (*LHStv. Ing. Reichhold: Aber "Satan" hat er nie gesagt, wie der Herr Ausserwinkler! Der Herr Ausserwinkler hat zu ihm "Satan" gesagt!*) "Anpatzung", danach "Eliminierung" oder "fachlich unbegründete Zwangsversetzung".

Beauftragte und Koordinatoren, die unter Umgehung des Stellenplans um teures Geld irgendwohin gehievt werden. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die Armen!*) Ausschreibung und Objektivierung und dann wieder Stopp; dann wieder Ausschreibung und wieder Objektivierung und wieder Stopp - so lange, bis das FPÖ-Freunderl dort ist, wo es hin soll.

Die Geschichten darüber ließen sich beliebig lang fortsetzen, meine Damen und Herren. Kennen Sie die von der Besetzung der Direktorin der Krankenanstalten (*Lärm im Hause*) oder kennen Sie vielleicht die von der Besetzung der Stelle des Umweltmediziners?

Aber ich will Sie nicht weiter langweilen, meine Damen und Herren. Das Muster ist immer das gleiche. Das Muster ist längst bekannt aus Ihrer ersten Schaffensperiode als Landeshauptmann.

Authentisch sind Sie nicht, Herr Dr. Haider! Sie sind in der Tat eine hervorragende Kopie! Um das (tatsächliche) Original zu finden, reicht es allerdings nicht, bei Viktor Klima nachzuschlagen. Da muß man weit zurückgehen. Wer das Original studiert hat, erkennt die Parallelen. Wiederholungen hat es in der Geschichte schon zahlreiche gegeben. Das alleine ist noch nicht unbedingt unbedenklich.

Mag. Cernic

Aber Ihr Original, Herr Dr. Haider, Ihr Original war ja nicht erfolgreich. Ihr Original hat sich am Ende der Verantwortung für sein Tun entzogen und die Menschen sind aufgewacht, umgeben von den Trümmern ihrer Häuser, ihrer Familien, ihrer Gesellschaft und ihrer Würde. Und wie ist das mit Ihrer Verantwortung? Übernimmt die Kopie Verantwortung für die Ideen Ihres Originals? Herr Dr. Strutz im Gegensatz zu Ihnen, empfinde ich alle diese Fragen als sehr dringlich und dieses Landesparlament unter demokratiepolitischen Aspekten als einzigen geeigneten Ort darüber zu diskutieren und diesen Sonderlandtag als durchaus berechtigt. *(LH-Stv. Ing. Reichhold: Wissen Sie, was Sie da vorlesen, Frau Abgeordnete!)* *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Frau Abgeordnete, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf wegen ungebührlicher Äußerungen gegenüber demokratisch gewählten Mitgliedern dieses Hohen Hauses und der Landesregierung. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Als nächster hat sich Abgeordneter Arbeiter gemeldet. Ich ersuche ihn zu sprechen.

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Aufgrund des Ordnungsrufes - selbstverständlich wegen der Zuständigkeit als Präsident - habe ich sicherheitshalber die letzten Aussendungen über die APA mitgenommen, wo teilweise die Wörter die meine Kollegin vorher hier vorgebracht hat, auch nachzulesen sind. Und es beginnt mit einer Aussendung vom 21.6.1999, mit der Günstlingswirtschaft. Der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider betreibt Günstlingswirtschaft und um in seiner Personalpolitik Parteifreunde unterzubringen, lasse er laufende Objektivierungsverfahren stoppen oder neu ausschreiben, weil es nicht das gewünschte Ergebnis gibt. Wen es betrifft, hat bereits meine Kollegin hier vorgetragen. Er nimmt per Weisung die laufende Objektivierung für die Patientenanwaltschaft und einige andere

zurück, läßt neu ausschreiben, wahrscheinlich solange bis dann auch die richtige Person paßt. *(LH-Stv. Ing. Reichhold: Wer hat denn das gesagt?...)* Nicht der Arbeiter, das ist alles über die APA.

Nächstes: Am 17.7.1999 - Neuausschreibung für Patientenanwältin. Ein Schlag ins Gesicht aller bisher Objektivierten und Vernichtung von Steuergeldern. Intervention von FPÖ-Gemeinderätin. Ich glaube, daß der Name auch hier bekannt ist. Dazu kann ich nur sagen, daß die Bewerberin nicht die ausreichende Qualifikation die sie dazu berechtigt hätte am Verfahren zugelassen zu werden, gehabt hat. Trotzdem wurde die Ausschreibung bzw. das weitere Verfahren bei der Objektivierung gestoppt.

29.4.1999 wurde über die Medien mitgeteilt: Als völlig unverständlich und überflüssig bezeichnet heute die Vorsitzende der Kärntner SPÖ-Frauen, Melitta Trunk, den von Landeshauptmann neugeplanten Posten des Landeskulturberaters. Es gebe bereits einen bestfunktionierenden Kulturbereich, der als kompetentes Beratungsgremium für den Kulturbereich eingesetzt wurde ... *(Abg. Dr. Strutz: APA-Meldungen können wir selber lesen.)* Der Konsulentenvertrag von Rechtsideologen Andreas Mölzer sei ein unnötiger Griff in den Steuertopf zur Versorgung eines FP-Ideologen. Landeshauptmann Haider ist es unschuldig, deswegen meine Wortmeldung dazu, Kollege Strutz. Seinerzeit hat er auf eine Anfrage hin gesagt, es gibt keinen Vertrag. Er hat das dann in einer weiteren Wortmeldung zwar etwas relativiert, bis heute ist er aber die tatsächlichen Kosten, die der Kollege Mölzer oder seine Firma erhält, dem Landtag schuldig. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist garnicht wahr, du hast nicht aufgepaßt!)* Ich glaube, er kann es uns das heute bei einer Wortmeldung gerne wiederholen, Herr Kollege Gallo. *(Vors.: Ich bitte zur Dringlichkeit zu sprechen!)*

Weitere Aussendungen betreffen: FPÖ-Bürgerbespitzelung auch in Kärnten bekannt. Weitere Aussendungen haben folgenden Inhalt: FPÖ-Lehrervereinsobmann Erich Liebenwein aus St. Veit wurde Bezirksschulinspektor in Villach/Stadt, obwohl es genügend qualifizierte Bewerber in Villach gab. Albin Palasser, Obmann-Stellvertreter des FPÖ-Lehrervereines

Arbeiter

wurde Bezirksschulinspektor in Klagenfurt/Land. FPÖ-Landesschulratsmitglied Mag. Herwig Hierzegger aus Klagenfurt, wurde Direktor des BRG-Villach, und, und, und Ich könnte da eine ganze Reihe von weiteren Besetzungen hier vorlesen, wenn Sie es haben wollen, aber ich glaube, daß jede einzelne Besetzung außerhalb der Objektivierung oder nicht nach der Objektivierung gemacht wurde.

Weitere Aussendungen, wo man von Hinrichtungsmaschinerie und Hinrichtungsjournalismus spricht, sind in seiner ersten Periode als Landeshauptmann von ihm getätigt worden. Auch hier nachzulesen. Ich werde Sie damit nicht länger langweilen. Im PROFIL veröffentlicht haben wir lesen müssen: "Unzählige Posteninterventionen durch den jetzigen FPÖ-Chef haben dessen Ruf als angeblichen Objektivierer restlos zerstört". Ich könnte weitergehen über den Finanzfachmann Josef Moser, der ohne Objektivierungsverfahren eingesetzt worden ist, und, und, und ... Vielleicht lasse ich einige Aussendungen für die nächste Wortmeldung, weil sich der Kollege Scheider zu Wort gemeldet hat, als nächste Antwort. (*Abg. Scheider: Heut bist nicht so gut, sonst bist besser.*) Weiter gehts. Warum die Dringlichkeit, Herr Präsident, von uns verlangt worden ist? Der Herr Obmann der Zentralpersonalvertretung hat schon längere Zeit in der Landesamtsdirektion vorgeschrieben und dort um Hinweis auf einschlägige Praxis des Landespersonalvertretungsgesetzes ersucht. Das heißt, daß bei Organisationsänderung, wie eben im Gesetz festgeschrieben, die Möglichkeit der Beratung, der Diskussion und auch der Stellungnahme gegeben sein muß; bis heute nicht erfolgt.

Zum Schluß möchte ich einen Brief verlesen. Der Kollege Strutz macht ja sehr gerne selbst Lesungen, obwohl er dann kritisiert, wenn es ein anderer tut. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Nur wenn er dringlich ist!*) Funktionsenthebung von Dr. Karl Dertschei ist sehr dringlich. Das ist einer der springenden Punkte, warum wir heute diese Sitzung verlangt haben. (*Vors.: Sie haben noch 10 Sekunden Zeit, bitte!*) Zehn Sekunden. Über die Medien haben wir die Ablöse des Sachgebietsleiters in der Abteilung "Bildungswesen" Karl Dertschei, erfahren. Diese Meldung läßt unter der Kollegenschaft Betroffenheit ... (*Vors.: Die Redezeit ist abgelaufen! Kommen*

Sie bitte zum Ende!) ... zumal für diese überflüssige Blitzaktion keine Gründe gegeben waren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache es sehr kurz, den Brief verlese ich dann später ... (*Gleichzeitig wird vom Vortragenden und von den Abgeordnetenkollegen der SPÖ ein gut sichtbares gelbes Transparent ausgerollt und in die Höhe gehalten.*) ... Die Gründe für die Dringlichkeit: ... (*Vors.: Als nächster hat sich der Herr ... Herr Abgeordneter Ihre Redezeit ist beendet. Ich muß Sie unterbrechen - gleichzeitig das Glockenzeichen gebend.*) Ich bin schon fertig. (*Der Vortragende verläßt das Rednerpult.*) (*Vors.: Als nächster hat sich der Herr Klubobmann Strutz zu Wort gemeldet. Ich ersuche Sie, die Redezeit einzuhalten.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren von der SPÖ. Sie sind am falschen Weg. Wenn Sie glauben, daß Sie in der Not aus den akutellen Umfragen, jetzt zum verbalen Dreschflegel greifen müssen, dann sind Sie schlecht beraten. Das zeigt der heutige Tag, wo einer der Ihren in jene Grube gefallen ist, die er für andere ausgraben wollte. Sie von der SPÖ haben aus den Wahlniederlagen, in denen Ihnen die Wähler scharenweise davonlaufen, nichts gelernt. Sie ergeben sich in kleinkarierten parteipolitischen Schuldzuweisungen und haben nicht begriffen, daß in Kärnten längst eine neue Ära angebrochen ist und daß es im Bezug auf Personalentscheidungen kein verbrieftes Recht der SPÖ mehr gibt, alle Positionen mit Parteigängern zu besetzen. Es war die FPÖ und Landeshauptmann Jörg Haider der bereits 1989 das Objektivierungsgesetz eingeführt hat. Und es war die SPÖ und die ÖVP, die dieses Gesetz mit Füßen getreten haben und die es de facto außer Kraft gesetzt haben. (*Zwischenruf von Abg. Ramsbacher.*) Dafür, Kollege Ramsbacher, wurden Sie ja auch vom Wähler abgewählt. Und Ihr eigener Landeshauptmann hat es ja richtig formuliert: "Das Objektivierungsgesetz wurde noch nie in diesem Ausmaß pervertiert" - Christof Zernatto im Dezember 1998.

Und von der SPÖ hat es der Chef der sozialistischen Lehrer auf den Punkt gebracht. Er meinte

Dr. Strutz

zum Vizepräsidenten des Landesschulrates und SPÖ-Funktionär Herbert Würschl: Er verwechselt Machtpolitik mit sozialdemokratischer Bildungspolitik, weil heute der Bildungsbereich angesprochen wurde. Jetzt gibt es eine Vorgangsweise, Hohes Haus, die zwar Ihnen von der SPÖ nicht paßt, mit der aber die Bevölkerung, mit der die Betroffenen, mit der die Wirtschaft, sehr wohl einverstanden sind. Denn erstmals gibt es in Kärnten, wie wir am Beispiel der KELAG gesehen haben, unabhängige Experten, die in Aufsichtsräte, in Entscheidungsgremien nominiert werden. Sie haben Ihren gescheiterten Ex-Ex-Klubobmann Ambrozy dort mit einem zusätzlichen Einkommen versorgen wollen. Der Landeshauptmann hat dafür gesorgt, daß keine Parteigünstlinge versorgt werden, sondern unabhängige Experten zum Zug kommen.

Erstmals, meine Damen und Herren von der SPÖ, gibt es offene, einschaubare Listen. Nicht nur im Schulbereich, sondern vor allem im Bereich der Landesverwaltung. Und das tut Ihnen natürlich weh, denn es ist nicht mehr so, daß die Personalvertretung ausschließlich die Oberaufsicht und die Listenreihung inne hatte, sondern wir haben ein verbrieftes Recht darauf, daß alle im öffentlichen Dienst auch darüber informiert werden, wann Posten ausgeschrieben werden, wann sie besetzt werden und die Lehrer erstmals die Möglichkeit haben, auch öffentlich Einsicht darin zu nehmen. Wie im übrigen nicht mehr auf das Parteibuch Wert gelegt wird, sondern darauf, daß auch die besten Köpfe zum Zug kommen. Und hier geht es nicht mehr darum, ob der eine oder andere der sozialdemokratischen Fraktion, der freiheitlichen Fraktion oder der ÖVP zuzurechnen ist, sondern der Landeshauptmann hat eine Reihe von Schlüsselpositionen mit SPÖ-nahestehenden Fachleuten besetzt. Das hat einerseits Ihre Wortmeldung, Kollege Rohr, selbst gezeigt, wo wir für die Förderung der Jugendaktivitäten ein hochrangiges SPÖ-Mitglied mit der Aufgabe dieser betraut haben. Der Leiter des EU-Netzwerkes ist ein sozialdemokratischer Funktionär. Der Leiter des Büros Pfeifenbergers sogar, wurde nicht gefragt, welcher politischen Partei er angehört. Selbstverständlich ist er SPÖ-Mitglied, leistet hervorragende Arbeit ... (*Mehrere Zwischenrufe von Abg. Ing. Rohr.*) ...

und kann selbst im Büro eines freiheitlichen Regierungsmitgliedes seine Arbeit verrichten. Oder, die Leiterin des Kärntner Verbindungsbüros in Brüssel wurde selbstverständlich nicht aufgrund ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP-Fraktion.*) ... Sie hat ihre Berufserfahrung halt im Rahmen der ÖVP gesammelt, kein Problem. Sie ist fachlich qualifiziert, war Erstgereichte und ist bestellt worden. Das heißt, hier hat ein neuer Geist in der öffentlichen Postenbesetzung innegehalten ... (*Abg. Ing. Rohr: Rübe ab, aussortiert! ...*) ... der zwar Ihnen weh tut, Herr Kollege Rohr, aber in der Öffentlichkeit sehr wohl goutiert wird. Und abschließend noch eine Feststellung: Wir haben einen Landesamtsdirektor ... (*Vors.: Die Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte, zum Schluß zu kommen.*) ... der der oberste Personalchef ist. Er ist für die Kontrolle, für die Überwachung und die Abwicklung der Postenbesetzungen zuständig. Er hat jedes von Ihnen kritisierte Verfahren geprüft und für recht befunden, und ich glaube daher, daß die Kritik die Sie hier ... (*Vors.: Die Redezeit ist beendet, Herr Klubobmann!*) ... aus rein parteipolitischen Überlegungen vorbringen, nicht gerechtfertigt ist. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Wutte das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Hohes Haus! Sie haben jetzt mit heute und der letzten Woche zwei Landtagssitzungen auf Sonderanträge der Freiheitlichen und auf der SPÖ-Seite stattgefunden, von denen man jetzt schon sagen kann - ich kann die heutige schon beinahe resümieren - daß Sie beide das Land in seiner Entwicklung nicht wahnsinnig stark weitergebracht haben. Und das bedaure ich. Es werden jederzeit die falschen Sonderlandtage beantragt, seitens der Freiheitlichen und der SPÖ, nämlich in Themen um die es eigentlich nicht gehen sollte. Wir sollten uns um die wirkliche Entwicklung des Landes, um die Frage der Zusammenarbeit in diesem Land bemühen und nicht darum, welche Partei jetzt um den größeren Machteinflußbereich kämpft. Diese bisherige stattgefundenene Debatte allein zeigt

Dr. Wutte

schon, daß man sich Sorgen machen muß, ein bißchen auch um das Klima im Land. Wir sind zwar einige Tage vor einer Wahl, aber dennoch sollte der Umgang miteinander in einem Ton erfolgen, der doch auch unserer Würde des Hauses entspricht. Das gilt wahrscheinlich für beide Seiten. Ich werde mich daher in Zurückhaltung üben, nur auf einige Dinge hinweisen die vielleicht auch ein bißchen zum Nachdenken anregen.

Wir haben eine derzeitige politische Situation in der die eine Partei, nämlich die SPÖ, darüber lauthals Klage führt und den Zustand bejammert, daß sie nicht mehr den alleinigen Zugriff auf alles und jeden in diesem Lande hat, wie er 40 Jahre ausgeübt wurde. Und wir haben auf der anderen Seite eine Freiheitliche Partei, die genau das versucht der SPÖ nachzumachen, oder fast noch besser zu machen im schlechten Sinne. Das besser zu machen, was der SPÖ an letztem Willen, sozusagen, die volle Macht zu übernehmen und auszuüben, dann doch zum Durchbruch zu helfen. Mit 42 Prozent, sozusagen, das Kunststück zusammenzubringen wie mit 100prozentiger Macht zu regieren. Das ist der Zustand dem das Land im Moment ausgeliefert ist. Und das ist nicht gut so. Wir haben eine Beobachtung zu machen, das heißt, wir haben eine Entwicklung zu machen, wo es früher geheißen hat, wer gut ist für das Land und für einen Posten im öffentlichen Dienst, das bestimmt eine Partei. Das kann nicht gut sein - wurde daher auch bestraft.

Und das Zweite was nicht gut sein kann, ist die Entwicklung, wer gut ist in diesem Land und wer gut ist für eine öffentliche Position bestimmt eine Person. Wo ist denn da bitte der Fortschritt in der Entwicklung. Ob das jetzt die Parteipatronage ist oder die persönliche Patronage eines einzeln Regierenden, das ist doch kein Fortschritt und keine Entwicklung, meine Damen und Herren. Es geht darum, hier wirklich auf den Boden der Objektivität und auf die Grundlage der Objektivität zu kommen. Genau das ist es, Kollege Strutz, was du meinst, eine neue Ära hat stattgefunden. Leider, muß ich sagen, leider, weil das kann ja wohl nicht alles gewesen sein, daß die Objektivierung von euch jetzt so stattfindet, daß man sagt, rot raus, blau rein. Und das ist die Antwort auf die Veränderung hier im öffentlichen Dienst in der

Postenbesetzung. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Wo, bitte, ist denn jetzt die Initiative der Freiheitlichen Partei, mit uns gemeinsam das Objektivierungsgesetz zu novellieren? Unser Antrag liegt seit Monaten im Haus. Das ist still geworden. Die Rufe und die Forderungen waren sehr laut, als ihr die letzte Macht in diesem Zusammenhang noch nicht hattet. Jetzt ist es sehr still geworden. Jetzt geht nichts weiter im Zusammenhang mit dem Objektivierungsgesetz, mit der Möglichkeit, Beschwerde der Befangenen einzulegen und hier auch mehr Transparenz walten zu lassen. Jetzt ist auf einmal Funkstille angesagt.

Pflichtschulbereich: Die Objektivierung im Bundesschulbereich ist ja weitestgehend vonstatten gegangen. Im Pflichtschulbereich, wo der Schulreferent selbst aktiv werden könnte, steckt die Objektivierung leider fest, und es geschieht in diesem Zusammenhang nichts. Das heißt, wir brauchen eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Objektivierungsgesetzes und eine tatsächliche Kontrolle. Um die geht es, meine Damen und Herren, und sonst um nichts!

Es kann also nicht sein, daß jetzt gesagt wird: "Früher war es eine Partei, die alleine regiert hat - jetzt ist es eine Person." Daß die Freunderlwirtschaft einer Partei durch das Naheverhältnis zu einem Regierenden ersetzt wird, das kann's nicht sein. Wir brauchen - und das ist auch im Bereich des öffentlichen Dienstes jedenfalls erkennbar - mehr geistige Führerschaft des Landes als den Machtanspruch einzelner Parteien, die sich bereits in ihrem Machtrausch befinden. Wir brauchen - das ist entscheidend - auch in der Führung des öffentlichen Dienstes mehr Motivation, als ein Regime der Angst. Dieser Entwicklung sollten wir uns alle stellen! Dieser Entwicklung sollten wir auch Rechnung tragen, besonders jene, die in der Regierung dafür Verantwortung tragen. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Jost das Wort.)

Abgeordneter Jost (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Aggression der Sprache der sozialistischen

Jost

Abgeordneten, die sich hier zu Wort gemeldet haben, ist erschreckend. (*Abg. Ing. Rohr: Der Jost fühlt sich angegriffen! - Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion*) Es scheint: Je weniger Substanz Sie haben, in Ihren Wortmeldungen, desto wilder tragen Sie diese vor. Aber mit diesem Stil werden Sie keinen Erfolg haben, vor allem deshalb, weil dort, wo Sie noch Macht ausüben, genau das passiert, was Sie mit diesen radikalen Worten hier geschildert haben: nämlich in der Stadt Villach! Ich werde Ihnen ein paar Beispiele nennen. Ich bleibe bei den Fakten.

Vor kurzem wurde in der Stadt Villach ein Maturantenposten für das Stadtgartenamt ausgeschrieben. Über 20 Maturanten haben sich beworben. Wenn Sie aber glauben, daß es einer von diesen geworden ist, dann täuschen Sie sich! Den Posten hat eine Nichtmaturantin bekommen: da sie dafür das richtige Parteibuch hatte und noch dazu eine enge Verwandte des zuständigen Personalvertreters war. (*Abg. Ing. Rohr: Das ist wieder eine Behauptung. Das ist eure Methode! - Lärm im Hause.*) In der Stadt Villach ... (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist die Wahrheit! - Abg. Ing. Rohr: Das ist eine Unterstellung! - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*)

In der Stadt Villach hat man eine Ausschreibung um rund eine halbe Million Schilling inszeniert, an der 70 Juristen teilgenommen haben. Doch wenn Sie glauben, daß dort alle Bestgereihten zum Zug gekommen sind, täuschen Sie sich wieder. Eine enge Verwandte des Personalchefs im Magistrat kam zum Zug und eine enge Verwandte eines sozialistischen Funktionärs des Bundes sozialistischer Akademiker! Diese nutzten ihre Informationsvorteile, indem sie sich für Karenzvertretungen gemeldet haben. Und damit war die Ausschreibung vom Tisch!

Machen Sie sich Sorgen um diese übergangenen Bewerber! Die haben keine Möglichkeit gehabt. Und das ist der wesentliche Unterschied! Hier wird es eine Objektivierung unter Landeshauptmann Haider geben, wo übergangene Bewerber die Möglichkeit haben werden, sich zu wehren. Warum ist die Ausschreibung des Patientenanwaltes annulliert worden? (*Lärm im Hause*) Ganz einfach deshalb, weil Bewerber im Vorfeld ausgeschaltet worden sind, die keine Möglichkeit gehabt haben, sich zu wehren. Das

war der einzige Grund. Und jene Kollegin, die Sie hier erwähnten, die hat jetzt in der neuen Ausschreibung nicht einmal mehr die Chance, teilzunehmen. Sie ist dadurch, daß die Ausschreibungsrichtlinien verschärft worden sind, automatisch ausgeschieden.

Eines möchte ich Ihnen auch noch sagen, weil Kollege Schober diese "menschliche Dimension" so in den Vordergrund geschoben hat. Ich kann Ihnen eines sagen: Den brutalsten Personalakt in diesem Land hat der Herr Bürgermeister Manzenreiter gesetzt. Er hat nämlich einen Beamten, der 20 Jahre lang brav für die Stadt Villach gearbeitet hat, von einem Tag zum anderen auf die Straße gesetzt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Da war er der Willkür ausgeliefert und den Krallen einer Macht, lieber Herr Schober! Genau das, was Sie hier gesagt haben: Das hat der Herr Manzenreiter ausgeführt! Auch Ihr Kollege, Ihr inzwischen ausgeschiedener Dr. Dieter Haller, hat gleich gespürt, wie man sich in den Krallen der Macht des Herrn Manzenreiter fühlt! (*Abg. Steinkellner: Richtig! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Wissen Sie, was sehr enttäuschend war: Alle Gewerkschaftsvertreter, die bei Ihnen sind, die haben geschwiegen, als Herr Manzenreiter diese brutale Aktion gegen den Kongreßhaus-Direktor Wanker gesetzt hat. Da war bei Ihnen nicht ein Funken von Solidarität spürbar. (*Abg. Ing. Rohr: Er hat Rechtsschutz gehabt!*) Da hat sich kein einziger zu Wort gemeldet und hat gesagt: "Lieber Herr Manzenreiter, jetzt höre einmal auf, mit diesen Machtdemonstrationen!"

Aber diese illegalen Aktionen haben sich auch in der Landesregierung (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch!*) unter der alten Landesregierung fortgesetzt. Hier hat es einen unliebsamen leitenden Beamten gegeben. Und was ist passiert? Unter Zernatto und Ausserwinkler wurden illegal Daten über diesen hohen Beamten an die "Kärntner Tageszeitung" - an Ihr Parteiorgan! - weitergegeben. Das hat vor kurzem die Datenschutzkommission festgestellt. (*Zwischenruf des Abg. Schober*)

Ich kann Ihnen zum Abschluß nur eines sagen: "Erkenne dich selbst! (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Schau in den Spiegel!" Und

Jost

dann siehst du, was hier besser zu machen ist!
(*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Kreutzer das Wort.*)

Abgeordnete **Kreutzer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren! Daß Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, den Mut aufbringen, eine Sonderlandtagssitzung über "Postenschacher der FPÖ" zu beantragen, empfinde ich als mehr als eine Farce!

Ich sehe auch in keinster Weise in irgendeiner Form eine Dringlichkeit!

Sie von der SPÖ wenden einen "tollen, altbewährten Gaunertrick" an: Laut "Haltet den Dieb!" rufend auf den Nachbar zu zeigen, während man dem anderen gerade aus der Tasche die Brieftasche angelt. (*Abg. Koncilia: Ist das kein Ordnungsruf? - Abg. Ing. Rohr: Das sind Unterstellungen! - Abg. Ing. Wissounig: Das ist ein Wahnsinn! - Lärm in der SPÖ-Fraktion.*)

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ! Wenn ich mir jetzt hier Ihr Wehklagen anhöre, dann sehe ich, daß die SPÖ schon lange den Boden der Realität verlassen hat. Wie könnte es auch anders sein, daß wenn endlich jemand kommt, der frischen Wind in die Landesregierung bringt, der endlich unternehmerisches Denken dort hineinbringt und etwas bewegen will - was natürlich auch Beamte treffen kann; das ist ganz natürlich. Denn in einem modernen Wirtschaftsunternehmen, im modernen Management, wird Leistung verlangt, wird Loyalität verlangt und steht Qualifikation im Vordergrund!

Letztlich hat in jedem privatwirtschaftlichen Betrieb, bitte, der Chef das letzte Wort - weil der Chef muß effizient und kostenbewußt das Unternehmen führen. Das sollten Sie auch einmal bedenken! Schließlich ist die Landesregierung nichts anderes als ein Unternehmen, das für die Bürger des Landes da ist und kundenorientiert arbeiten soll! Das ist sicher eine Sache, die zu befürworten ist.

Aber lassen Sie mich jetzt zum Schulbereich, zum Herrn Dertschei kommen! Was glauben Sie,

tut ein Chef, wenn gerade zu einer Zeit, wo in einem Unternehmen die größten Geschäfte zu machen sind, jemand in Urlaub geht? Ich nehme den Krankenstand vom Herrn Dertschei (noch) zur Kenntnis. Es kann sein, daß jemand krank ist. Aber wie kann ich hier das "Schiff verlassen", wenn - gerade zu Schulbeginn! - wichtige Dinge entschieden werden müssen und Akten bearbeitet werden müssen?! (*Lärm in der SPÖ-Fraktion*) Letztlich trifft nämlich dieses Versäumnis nicht so sehr den Herrn Landeshauptmann; diese Versäumnis trifft, bitte, vor allen Dingen Eltern, Schüler und Lehrer!

Wenn Sie sich jetzt herstellen und behaupten: "Postenschacher!", dann möchte ich Ihnen nur sagen: Sie, von der SPÖ, betreiben seit vielen Jahren präpotenten Postenschacher! Wirklich wahr! Es ist eine Frechheit, daß Sie das jetzt dem Herrn Landeshauptmann unterstellen, der endlich einen unabhängigen Landesschulratspräsidenten eingesetzt hat! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Ich möchte Ihnen anhand eines prägnanten Beispielen - weil Sie vorher auch so "schöne" Beispiele genannt haben - etwas festmachen, und zwar geht es mir dabei um den Herrn Vizepräsidenten, um den Herrn Würschl. Die bedeutendste Spielwiese für den Herrn Vizepräsidenten ist wohl die Pädagogische Akademie: eine Kaderschmiede für teilweise sozialistisch geprägte Lehrer. Die Pädagogische Akademie wird unter der Führung des Herrn Würschl zum Ausgedinge für Parteigünstlinge, welche Studierende sozialdemokratisch prägen. Ich frage Sie: Wie kommt es sonst, daß innerhalb der letzten fünf Jahr der gesamte SLÖ-Vorstand an der Pädak beschäftigt wurde? Ist das kein Postenschacher? Ist das alles selbstverständlich?!

Ein nächstes Beispiel: Wie kommt es, daß Bewerber, die sich nach einer offiziellen Ausschreibung - weil Sie gerade die Ausschreibung und Objektivierung angesprochen haben - um eine Vollanstellung (alle Studienlehrgänge, Humanwissenschaften und Erziehungswissenschaften) beworben hatten, einen Brief mit folgendem Wortlaut bekamen:

"Das Kuratorium der Pädagogischen Akademie hat in der Sitzung am 30. Juni 1995 die Beratung

Kreutzer

über die Vergabe dieser Vollbeschäftigung von der Tagesordnung abgesetzt, da die Meinung vorherrscht, daß die Bewerberinnen und Bewerber über die Möglichkeit der Ernennung auf eine Planstelle anscheinend nicht ausreichend informiert worden seien und die Ausschreibung deshalb ein Irrtum ist."

Was war daraufhin passiert, sehr geehrte Damen und Herren? - Man hat zuerst aus einer vollen Lehrverpflichtung eine halbe Lehrverpflichtung gemacht, um einmal jene auszuschneiden, die sich tatsächlich beworben haben; weil die konnten mit einer halben nichts anfangen. Letztlich hat man zwei volle Lehrverpflichtungen geschaffen (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) - ja, ich bin schon fertig -, und zwar für den Herrn Rabensteiner und für die Frau Küttler. Zwei volle Lehrverpflichtungen: nur damit man wieder Ihre Parteigünstlinge unterbringt.

Und da wollen Sie uns Postenschacher vorwerfen?! (*Vorsitzender: Die Redezeit ist beendet! - Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster hat sich Abgeordneter Scheider zu Wort gemeldet. (*Abg. Koncilia: Zur Geschäftsordnung!*) Ich bitte, zur Geschäftsordnung das Wort zu ergreifen!

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich beantrage einen Ordnungsruf für die Frau Abgeordnete Kreutzer, die die SPÖ beschimpft hat, mit einem "Gaunertrick" zu arbeiten. (*Abg. Kreutzer: Ich habe nicht beschimpft! Ich habe nur ein Sprichwort zitiert! - Abg. Ing. Rohr: Eine Unterstellung war das! - Abg. Kreutzer: Ich habe ein Sprichwort zitiert. Lesen Sie es nach! - Abg. Ing. Rohr: Eine Unterstellung war das! - Vorsitzender: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Scheider!*)

Abgeordneter **Scheider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Herr Kollege Arbeiter, ich habe mir

die APA-Aussendungen der SPÖ einmal angeschaut. Die beschäftigen sich zu 70 % schon im Titel mit der FPÖ. Der Grund dürfte der Mangel an eigenen Vorschlägen sein. Es war daher nicht notwendig, daß man sie heute hier verliest.

Aber man kann auch die Konsequenz daraus ziehen, an der Qualität der Rede, daß es vielleicht nicht positiv und tunlich ist, wenn man mit Schaum vor dem Mund ans Rednerpult tritt. (*Heiterkeit im Hause*)

Wenn aber heute von einem "Postenschacher" die Rede ist, dann muß ich mich schon sehr wundern, denn in den letzten Jahrzehnten haben die ungenierten Packeleien im rot-schwarzen Pfründebereich ja nicht nur in Kärnten, sondern auch österreichweit stattgefunden. Die haben alle eine besondere Eigenschaft gehabt. Das war ein rot-schwarzer Faden, der sich immer wieder weitergesponnen hat, der sich von öffentlichen Ämtern, Institutionen bis zu den staatsnahen Unternehmungen fortgesetzt hat. (*Lärm im Hause*)

In letzter Zeit haben die wieder fröhliche Urständ gefeiert. Wenn man im "Profil" nachlesen muß: "Red and black is back" bei der Versorgung, weil sich die Fälle wieder gehäuft haben.

Bei der Österreichwerbung wurde ein kleines Mißverständnis korrigiert: Indem der SPÖ-Mann Höferer bestellt wurde, kommt ab Herbst ein schwarzer Kollege in die Geschäftsführung, damit es wieder 1 : 1 steht. (*Abg. Hinterleitner: Das stimmt ja gar nicht! Das ist eine Unterstellung, von der Sie keine Ahnung haben!*) Dafür hat man dann - lesen Sie nach! - die Statuten ändern müssen. (*Abg. Hinterleitner: Das stimmt, Herr Kollege! - Lärm im Hause.*)

Im Vorstand des Flughafens Wien wird ein SPÖ-Mandatar, Direktor der Arbeiterkammer, Vorstandssprecher des Flughafens.

Seit Jahr und Tag werden diese Vorstandsbestellungen in den Parteisitzungen abgeseget und jeder gibt seine Wünsche bekannt. Das Resultat ist, daß man hier drei neue Vorstände hat, die alle eines gemeinsam haben. Sie sind von Rot oder von Schwarz und sie haben keine Erfahrung als Spitzenmanager. Und wenn das PROFIL dann resümiert, daß die rot-schwarzen Postenbesetzungsspiele in den vergangenen

Scheider

Monaten so auffällig sind, daß sie nicht nur berufsmäßige Kritiker, wie die Freiheitlichen, den Kopf schütteln und alle Sonntagsreden zur Entpolitisierung vergessen sind und ebenso das vor zwei Jahren publikumswirksam vom Herrn Bundeskanzler verkündete "Fünf-Punkte-Programm" bis heute noch nicht umgesetzt ist.

Sie werden sich erinnern, der tragische Selbstmord des Bankers Braschak, der in seinem letzten Schreiben hineingeschrieben hat: "Ich habe geglaubt, durch Leistungen überzeugen zu können, aber letztendlich war ich nur eine Schachfigur." Das hat zur Folge gehabt, daß der Herr Kanzler hinausgegangen ist mit einem großem Bekenntnis "Fünf-Punkte-Programm" - Klarheit, Offenheit, Kontrolle. Das einzige was herausgekommen ist: Päckerei, Unverfrorenheit und Vernebelung. Und so ist es halt. Man ruft nach Offenheit, doch diese Argumente, diese Wünsche, die ruhen am Friedhof der leeren Versprechungen. Und wenn man sich das weiter anschaut, dann könnte man sagen, wenn man hier weiterspricht müßte ich Zeit haben bis am Abend - das geht aber leider nicht - daher wundert es mich schon, daß man soviel Unverfrorenheit hat von seiten der SPÖ und ÖVP, das Wort Postenschacher in den Mund zu nehmen. Aber das wird wahrscheinlich nach dem Motto gehen: "Ist der Ruf einmal ruiniert, dann lebst sich ganz schön ungeniert." Da hat man hier kein Problem mehr und es spielt auch keine Rolle mehr, wenn man sich mit einem ganz besonderen Ehrgeiz offenbar ins eigene Knie schießt und sich dann auch noch wundert, daß man immer hinterherhinkt wenn man sich ins Knie schießt. *(Dies löst unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion Heiterkeit aus.)* Denn eines sage ich Ihnen schon zum Schluß: Wer sich ständig ins Knie schießt wird bald liegen und wer liegt kann zwar nicht mehr umfallen, aber er wird sich auch nicht mehr weiterentwickeln. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Vor so einer Weiterentwicklung muß man wirklich Angst haben. Das ist die Erkenntnis aus der

jetzigen Diskussion. Geschätzte Damen und Herren! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es in diesem Land einen neuen Machthaber gibt, aber die Methoden sind alt. Bereits 1987 hat die Kärntner Volkspartei ein Volksbegehren gegen den Postenschacher und für mehr Objektivität im Bereich des Landesdienstes initiiert. Es war damals so, daß nur die Leute eine Möglichkeit hatten im Landesdienst beschäftigt zu werden, die sich vorher ausgewiesen haben. Heute weisen sich die Leute ebenso aus. Man spürt es in Gesprächen mit den Menschen, sie haben Angst bekommen. Und das ist, meiner Meinung nach, einer Demokratie unwürdig. Geschätzte Damen und Herren! Damals ist ein Aufschrei durch das Land gegangen. Es haben damals 30.000 Leute das Volksbegehren unterschrieben. Würde man heute das Gleiche initiieren, würden viel mehr Leute unterschreiben. Das heißt, der Aufschrei ist noch lauter.

Und es wird heute diese Sache nicht mit dem offenen Kampf bewältigt, sondern viel subtiler. Es werden Leute versetzt, es wird Angst gemacht, es werden Ausschreibungen gestoppt. Das sind andere Methoden, damit die Öffentlichkeit und die Medien nicht erkennen, welches Ziel dahinter ist. *(Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.)* Das Ziel ist das Gleiche. Nicht nur über die Wahl Macht zu bekommen, sondern über die Menschen Macht zu bekommen. Und das lehnen wir, geschätzte Damen und Herren, ab. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Es ist zum Schaden für unsere Bürger, es ist zum Schaden des Ansehens des öffentlichen Dienstes und es ist insgesamt ein Schaden für unser Land.

Geschätzte Damen und Herren! Die Objektivierung soll nicht nur ein Wort unserer Zeit sein. Die Objektivierung sollten wir wirklich ernst nehmen, dann wird in diesem Land wieder Ruhe einkehren. *(Abg. Steinkellner: Was habts gemacht, wie's den Landeshauptmann ghabt hats?)* Ich habe in der letzten Funktionsperiode die Möglichkeit gehabt, mehrere Anträge zur Objektivierung einzubringen. Es sind diese Anträge zwar in den Ausschüssen beschlossen worden, sie sind aber nicht einer Erledigung zugeführt worden. In dieser Funktionsperiode haben wir uns ebenfalls mit zwei Anträgen bereits mit dieser Thematik beschäftigt und ich

Sablatnig

hoffe, daß es wirklich ein transparentes Objektivierungsmodell gibt, damit solche Diskussionen und solche Sondersitzungen überflüssig werden. Wir haben im Land viel mehr und wichtigere Dinge zu tun, als uns mit solchen Dingen zu beschäftigen und daher möchte ich vorschlagen, daß wir sehr rasch das Thema das bereits beantragt ist, behandeln. Eine völlige unparteiische Objektivierungskommission einzusetzen, damit die Postenbesetzungen in diesem Land vorbildhaft gemacht werden.

Zum zweiten möchten wir haben, daß es einen Rechtsanspruch auf Bescheid gibt. Zum dritten möchten wir haben, daß der Bescheidempfänger die Möglichkeit hat, das beim Unabhängigen Verwaltungssenat prüfen zu lassen. Und viertens wollen wir haben, daß die Beratungsbüros in einem Rotationsprinzip zum Einsatz kommen. Das würde die bestmögliche Objektivierung sicherstellen und würde unserem Land und dem Ansehen unseres Landes am besten nützen. Dankeschön. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Rohr das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Hat der Manze wieder was gefaxt!) Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Im Gegensatz zu dir, Kollege Gallo, brauche ich keine Fax, ich finde mich an und für sich selber auch ganz gut zurecht. Ich möchte nur ein paar Fakten zu dem hier Gesagten ergänzend feststellen. Am 23.8.1999 erteilte Landesrat Pfeifenberger in Anwesenheit von seinem Sekretär Mag. Marko im Büro von Landesrat Pfeifenberger und einem weiteren Herrn der Abteilung 7 an den Herrn Dr. Zlamal den Auftrag, sich jeglicher dienstlicher Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Tourismus mit Ausnahme des Fremdenverkehrsgesetzes zu enthalten, da diese Aufgaben durch seinen Sekretär Mag. Marko wahrgenommen werden. So wird in diesem Land von freiheitlichen Referenten mit bewährten Beamten umgegangen, meine sehr geschätzten Damen und Herren.

Und das zweite, weil es schlimm ist, meine Damen und Herren. Es ist wirklich schlimm. Bei einer Eröffnung am 28.8.1999 des neuen Betriebsgeländes der Firma Moser in Feldkirchen vor circa 150 bis 200 Anwesenden, hauptsächlich Leute die zum Betrieb gehören und deren Angehörige und einige Ehrengäste, sagt der Landeshauptmann von Kärnten dort: "Lieber Gerhard" - und meint also damit den Firmeninhaber, den Herrn Moser - "ich habe auch ein ähnliches Unternehmen, (Transportunternehmen) mit circa 800 Beschäftigten. Das schenke ich dir, aber ich weiß, du willst es auch nicht haben, höchstens die Lastwagen dazu". Und dann sagt der Herr Bürgermeister Puff noch dazu: "Und ich sage Euch, ein Gramm Unternehmmergeist zählt mehr als 100 Kilogramm öffentliche Verwaltung". Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn das die Einstellung eines Landeshauptmannes zu den Bediensteten der Straßenverwaltung ist, ja dann muß ich sagen, was müssen die Menschen in diesem Land noch alles ertragen, was ... *(Abg. Scheider: Hast keinen Humor!)* *(Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.)* müssen sich die Menschen in diesem Land noch alles gefallen lassen. Da wird hier auf dem Rücken der Bediensteten des Landes versucht, politische Stimmung zu machen. Menschen zu verunglimpfen, denn jene die im öffentlichen Dienst stehen sind vielleicht dann Untermenschen, weil sie weniger wert sind, weil sie nicht in der Lage sind, soviel zu leisten, wie vielleicht Angestellte bei privaten Unternehmen leisten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man diese Art der Politik in Kärnten weiterverfolgt, dann habe ich große Sorge. Dann habe ich Sorge um diese Demokratie und dann habe ich Sorge, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: ... sorg dich gescheiter um die SPÖ!)* vor allem, nicht um die SPÖ, sondern um die vielen vielen Menschen die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, die Tag für Tag dort ihre Arbeit ordnungsgemäß und gewissenhaft verrichten und in Wahrheit der Denunziation, der öffentlichen Herabwürdigung tagtäglich ausgeliefert sind. Und das, meine Damen und Herren, das werden wir als Sozialdemokraten auf jeden Fall nicht zulassen. *(Zwischenrufe von Abgeordneter Steinkellner und Abgeordneten Scheider.)* Denn

Ing. Rohr

wer mit Menschen so umgeht, wer den Humanismus mit Füßen tritt, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dem muß man hier eine entsprechende Lektion erteilen.

Und es gebe noch viele viele Briefe die ich zitieren könnte, wo ein Sekretär vom Herrn Reichhold einem anderen Mitarbeiter schreibt, daß er in Wahrheit abgesetzt wird. (*Unruhe unter Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.*) Und viele viele Dinge mehr. Ich denke mir, wenn hier nicht ein entsprechender Weg gefunden wird - und wir haben dies heute in unserem Dringlichkeitsantrag auch klar begründet - und ich bitte Sie, daß Sie diesem Dringlichkeitsantrag auch entsprechend beitreten. Die ÖVP hat das ja signalisiert; die Forderungen dazu sind ja klar formuliert und enthalten. Wenn das weiter so Schule macht, dann schwant mir Böses in diesem Land und ich wünsche mir eigentlich, daß auch bei den Bediensteten im öffentlichen Bereich ein Klima sichergestellt wird, daß sie in Wahrheit auf diese Arbeit die sie dort leisten, auch einen entsprechenden Anspruch haben auf eine gerechte Entlohnung und daß sie nicht Gefahr laufen, tagtäglich irgendwo in der Zeitung denunziert zu werden und vielleicht am nächsten Tag irgendwo in einem Besenkammerl zu sitzen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Das ist nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit, somit wird dieser Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuß zugemittelt.

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Rohr zur Geschäftsordnung das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich stelle folgenden Antrag gemäß

§ 64 K-LTGO betreffend Pilotprojekt zur Einführung des Kinderschecks in den Gemeinden Deutsch-Griffen und Feistritz/Gail - Überprüfung durch den Landesrechnungshof gemäß § 30 Abs. 2 Zif. 1 K-LTGO.

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Der Kärntner Landesrechnungshof wird aufgefordert, eine Überprüfung der über Teilbereiche des Voranschlages 1/02911/5 "Beiträge an Institutionen abgewickelten Gebarung betreffend ARGE Familienakademie Oberes Drautal Irtschen"; Pilotprojekt zur Einführung des Kinderschecks in den Gemeinden Deutsch/Griffen und Feistritz/Gail zu überprüfen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Das kann auch ohne Diskussion abgestimmt werden. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen und somit ist ein Dringlichkeitsantrag, der als solcher vorgesehen war, effizient abgehandelt. Bitte um Bericht des Einlaufes.

Schriftführer **Mag. Arnold**:

2. Ldtgs.Zl. 211-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß durch die beabsichtigte Neuorganisation bzw. Ausgliederung der EDV des Landes Kärnten (Amt der Kärntner Landesregierung und Krankenanstalten) es zu keiner Gefährdung des Datenschutzes aller Kärntnerinnen und Kärntner und insbesondere der Patienten in den Landeskrankenanstalten kommt.
Der Antrag trägt die erforderliche Zahl von Unterschriften.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung zur Begründung vor. (*Abgeordneter Arbeiter geht Richtung Rednerpult und meldet sich zu Wort.*) Ich bitte Sie, die Wortmeldung rechtzeitig abzugeben, Herr Abgeordneter Arbeiter. Ich bitte Sie, zu sprechen!

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wie aus verschiedenen Berichten zu entnehmen war, wurde ein Ausschuß eingerichtet, um über die Neuorganisation bzw. die Ausgliederung der EDV, sowohl in der Hoheitsverwaltung als auch bei den Krankenanstalten zu beraten und Vorschläge einzubringen. Bis heute haben wir allerdings keine Ergebnisse dieses Ausschusses, die für den Landtag als Unterlage dienen sollten, hier in dieser sehr wichtigen Angelegenheit endlich eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Es ist so, daß nicht nur die komplette Hoheitsverwaltung an der EDV hängt, sondern auch die fünf Krankenanstalten die der Kärntner Landtag als Eigentümer zu vertreten hat. Ich möchte auf die Dringlichkeit hinweisen, daß nur eine aktive und auch für die Bediensteten ordentliche EDV den Erfolg bringen kann, den sich nicht nur die Bediensteten der Krankenanstalten, sondern auch die Bediensteten der Hoheitsverwaltung wünschen. In der letzten Zeit hat es verschiedene Aussagen in der Öffentlichkeit gegeben, die klar über die EDV den Datenschutz gebrochen haben. Ich nehme an, daß aufgrund der Berichterstattung, (*Abg. Dr. Strutz: Wer denn, was denn?*) ... na Salzburg zum Beispiel, bei der FPÖ.

Da brauchen wir gar nicht lange herumdiskutieren. (*Abg. Dr. Strutz: Was hat das mit Kärnten zu tun?*) Herr Dr. Strutz, das werde ich Ihnen gleich sagen. (*Lärm im Hause*)

Vor den letzten Landtagswahlen haben Bedienstete im Bereich der Krankenanstalten eindeutig über die EDV ausgedruckte Formulare von der FPÖ erhalten. Bei diesen Schriften war klar die Besoldung der Bediensteten drinnen. Wir haben solche Schreiben in der Hand, Dr. Haider, die von Ihnen unterschrieben sind; vor der

Landtagswahl. (*Vorsitzender: Ich bitte, zur Dringlichkeit zu sprechen, Herr Abgeordneter Arbeiter!*) Herr Präsident, deswegen ist es so dringlich, weil das sollte in Zukunft nicht mehr passieren - von keiner Seite her! Den Bediensteten wurde dort von der FPÖ mitgeteilt, wieviel ihnen ein Kinderscheck, eine Mietensenkung, eine Strompreissenkung zu ihren Bezügen mehr bringen wird - was ja in Ordnung ist. Ich hoffe, daß die Bediensteten wirklich schon etwas mehr auf ihrem Gehaltszettel haben - egal, aus was für einem Grund. Nur, woher die Daten der einzelnen Kollegen gekommen sind: Das muß mit einem sehr großen Fragezeichen behaftet werden; nachdem scheinbar diese Ausdrücke aus der Personalabteilung unserer EDV stammen oder kommen. (*Abg. Dr. Strutz: Das ist ja eine ungeheuerliche Unterstellung!*) Herr Dr. Strutz! Niemand kann - (*Abg. Dr. Strutz: Das ist eine ungeheuerliche Unterstellung an die Beamten der Landesregierung!*) wenn er nicht die Unterlagen kennt - so genau einem Bediensteten mitteilen, wieviel er nach den Landtagswahlen aufgrund der verschiedenen Versprechungen mehr erhalten wird - außer jemand, der tatsächlich die Daten über die EDV kennt. Woher auch immer!

Es ist auch eine eigenartige Vorgangsweise der F gewesen, daß man Dr. Platzer jetzt zum Büroleiter der F nominiert hat, um hier ein neues Verfahren einzubringen. Inwieweit man mit verschiedenen Firmen liebäugelt - wenn man es vielleicht vorsichtig ausdrückt, damit die FPÖ nicht wieder aufschreit oder das als ein Steckenpferd betreibt -, das sei dahingestellt. Wir werden jedenfalls versuchen, sehr genau in diesem Ausschuß mitzuarbeiten, um eine dringende Lösung der EDV, vor allem für die Krankenanstalten, zu erhalten. Ich glaube, daß derzeit keine der Firmen, die sich zumindest interessiert gezeigt haben, einzusteigen, in der Lage ist, in dem Bereich (vor allem der Krankenanstalten und der EDV) das von einem Tag zum anderen aufzubauen. Man müßte die derzeitige EDV komplett verändert. Die Millionen, die bereits dafür verwendet worden sind, wären wieder gefährdet.

Man sollte daher sehr genau darauf schauen! Deswegen der Dringlichkeitsantrag der SPÖ,

Arbeiter

hier eine für alle transparente EDV zu haben: für die Eigentümervertreter und auch für die Patienten, die berechtigterweise auch erfahren sollten, was ihre Aufenthalte in den Kärntner Krankenanstalten kosten; vielleicht auch in den privaten Anstalten. Man würde damit auch das Gesundheitsbewußtsein der betroffenen Kärntnerinnen und Kärntner heben.

Aufgrund der Dringlichkeit, daß hier etwas geschehen muß und aufgrund der Dringlichkeit, daß wir Ordnung haben; aufgrund der Dringlichkeit, daß in Zukunft der Datenschutz gewährleistet sein muß: in all diese Richtungen haben wird diesen Antrag eingebracht. Vielleicht könnte man auch seitens der beiden anderen Parteien sich doch überlegen, uns da zu unterstützen! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, "vielleicht"!*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.*)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade dieses Thema kein Thema für einen Dringlichkeitsantrag ist. (*Abg. Kreutzer: Das glaube ich auch!*) Das ist ein richtiges Beratungsthema, das wir, als Abgeordnete, allein - ohne Fachleute - nicht bewältigen können. (*Abg. Kreutzer: Genau!*) Das kann aus meiner Sicht nicht mit einem Fünfminuten-Bericht zum Beschluß erhoben werden.

Geschätzte Damen und Herren! Ich könnte mir unter der Ausgliederung schon einiges vorstellen. Ich kann dieser Idee auch einiges abgewinnen; deshalb abgewinnen, weil ich der Auffassung bin, daß es eine Frage der Zeit ist, ob wir die gesamten EDV-Leistungen des Landes im Bereich der Landeshauptstadt Klagenfurt oder im Bereich des Standortes seiner Betriebe abwickeln können. Wir reden immer von einem Technologieland Kärnten; sprechen davon, daß es Telehäuser geben soll, um qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen anzusiedeln. Und jetzt wollen wir alles dort behalten, wo es ist?!

Unser System ist darauf aufgebaut, alles zu zementieren. Wenn man Veränderungen will, muß

man sich das reiflich überlegen und diese Veränderungen so durchführen, daß sie den Menschen in diesem Lande dienen.

Geschätzte Damen und Herren! Noch etwas ist im Bereich der Krankenanstalten besonders wichtig. Kollege Arbeiter hat das angesprochen. Es ist eine Systemfrage, welche Programme ich im Bereich der Gesundheits- und Krankenversorgung anwende. Es kann nicht sein, daß alle Krankenanstalten in Kärnten - bis auf eine - ein gemeinsames System haben, aber weil eine Krankenanstalt ein anderes hat, sollen jetzt alle anderen Krankenanstalten ihre Systeme wegwerfen und alle anderen sich an diesem einen Krankenhaus orientieren. Es gibt eine Firma - Kollege Arbeiter hat gesagt: "Es gibt keine Firma, die dazu in der Lage wäre." -, die bereit wäre, die Konzepte und die Programme für das eine Krankenhaus kostenlos zur Verfügung zu stellen, weil es schon eine Systementwicklung gegeben hat und alle Krankenanstalten dieses entwickelte System bereits bezahlt haben.

Es ist eine Frage der Zeit, daß die Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft und das Land Kärnten gemeinsam einen Weg suchen, um die bereits entwickelten Ressourcen auch für das letzte Krankenhaus in Klagenfurt - obwohl es das größte ist - einzusetzen, um dem Land Kärnten damit 50 Millionen Schilling Entwicklungskosten zu ersparen. Das sind die Themen, wie wir im Ausschuß das beraten, aber nicht hier mit einem Dringlichkeitsantrag einen Beschluß machen sollten! (*Abg. Steinkellner: Jawohl! - Beifall von der ÖVP- und der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Strutz das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Kollege Arbeiter, die Neuorganisation der EDV im Krankenanstaltenbereich ist deshalb notwendig geworden, da die Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft derzeit über kein System verfügt, das mit den anderen Krankenanstalten kompatibel ist. Wie Sie wissen, hat die Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft eine

Dr. Strutz

Betriebsanalyse in Auftrag gegeben, die wirklich Gravierendes zu Tage gefördert hat, daß es nämlich - wie es auch Dr. Sonnberger anlässlich seiner Antritts-Pressekonferenz festgestellt hat - derzeit nicht einmal möglich ist, die notwendigen Kennzahlen innerhalb der EDV abzurufen. Zweitens, weil das EDV-System nicht funktioniert, nicht kompatibel ist. Deshalb sind auch die nötigen Neuorganisationsschritte in diesem Bereich notwendig. Ich will nur darauf verweisen, daß die SPÖ und die sozialdemokratischen Referenten für die Krankenanstalten in den letzten Jahren für die EDV zuständig gewesen sind.

Das dritte ist, daß die Befürchtung - die hier in diesem Dringlichkeitsantrag vor allem vom Kollegen Arbeiter geäußert wurde, daß man mit Sorge darauf achten sollte -, daß es zu einer Gefährdung des Datenschutzes kommt, sich von selbst erübrigt. Denn wir haben bestehende, gültige Gesetze, die einzuhalten sind. Kollege Arbeiter: Wenn Sie hier herausgehen und davon sprechen, daß von seiten der Personalabteilung Adressen an eine politische Partei weitergegeben wurden, dann ist das eine ganz schwerwiegende Verfehlung, die offenbar von seiten der Beamten begangen worden ist. Kollege Arbeiter, (*Zwischenruf des Abg. Arbeiter*) das können Sie nicht abstreiten! Das haben Sie hier, am Rednerpult, vor einer Minute gesagt. (*Lärm im Hause*) Sie haben gesagt, von der Personalabteilung sind Adressen an eine politische Partei weitergegeben worden. Ich fordere Sie auf, entweder Namen zu nennen oder eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft zu übermitteln, damit dieser schwerwiegende Vorwurf geprüft werden kann. Denn wenn das zutrifft, was Sie hier gesagt haben, dann glaube ich, daß es hier auch Konsequenzen von seiten jener Beamten geben sollte, die das gemacht haben. Wenn das nicht zutrifft, dann ist das eine Anschüttung der zuständigen Beamten und der zuständigen Personalabteilung, (*Abg. Arbeiter: Ich habe von einem "Verdacht" gesprochen!*) die wir hier so nicht stehenlassen können. Also ersuche ich Sie, zu dem auch zu stehen!

Der Antrag bekommt keine Dringlichkeit, weil er - so wie es jetzt alle anderen sind - rein ein Alibiantrag ist. Wir haben bestehende Gesetze. Die sind einzuhalten. Und der Datenschutz wird

unter uns mehr geschützt und mehr gewährt als unter den Sozialdemokraten in der Vergangenheit. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Dringlichkeit liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit für diesen Antrag. Wer der Dringlichkeit zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Dieser Antrag wird dem Finanz- und Wirtschaftsausschuß zugemittelt. Ich bitte den Herrn Schriftführer um seinen weiteren Vortrag!

Schriftführer **Mag. Arnold**:

3. Ldtgs.Zl. 212-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß seitens der Mitglieder der Landesregierung die Vergabe von Konsulenten-, Beratungsverträgen udgl. (Auftragnehmer, inhaltlicher Auftrag, Honorar etc.) vor Abschluß dem Regierungskollegium zur Kenntnis gebracht werden.
Weiters sind dem Landtag bis 15. Oktober 1999 alle laufenden Konsulenten-, Beratungsverträge udgl. vorzulegen.

Der Antrag trägt die erforderliche Anzahl von Unterschriften.

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter zur Begründung der Dringlichkeit das Wort. Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der einzige Konsulent da herinnen bin ich!*)

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sowohl in der Hoheitsverwaltung als auch in den Betrieben, deren Eigentümer das Land Kärnten ist, hat es

Arbeiter

sich in der letzten Zeit eingebürgert, sehr viele private Firmen als Beratungsfirmen heranzuziehen. Unter anderem sind es bekannte Firmen wie Deofat, die scheinbar jetzt in den Krankenanstalten Wolfsberg und Klagenfurt tätig ist und auch die privaten Anstalten überprüft. Das tut uns überhaupt nicht weh, weil vielleicht kriegen wir endlich Daten, mit denen wir etwas anfangen können und nicht nur einen deiner Sekretäre, der in der letzten Zeit eigentlich die Aufgabe gehabt hat, im Hochbau als Koordinator tätig zu sein und das jetzt nicht zustande gebracht hat. (Abg. Dr. Strutz: *Wen meint er denn?*)

Aber unter anderem ist es so, daß wir in verschiedensten Bereichen - auch der Herr FPÖ-Funktionär, den ich gerade angesprochen habe, weiß ganz genau, wen ich meine - (Abg. Kreuzer: *Wen denn?*) immer wieder hören und sehen oder Namen auftauchen (vielleicht besser formuliert) wie Dr. Quendler und Dr. Pöschl, die in verschiedenen Bereichen tätig sind. Wie dem Antrag zu entnehmen ist, möchten wir gerne wissen, was sie dafür erhalten oder bekommen.

Unter anderem ist Dr. Quendler Rechtsberater gewesen bei der Olympia - das wird ja sowieso untersucht -; Rechtsberater beim KWF; Rechtsberater bei der Landeshochbauabteilung; Rechtsberater in der Tourismusinfrastruktur Kärnten GesmbH; Rechtsberater bei der KAB; Rechtsberater interessanterweise bei der Müllverbrennung; Aufsichtsrat der Kelag; Aufsichtsrat der Volksbanken AG.

Dr. Pöschl ist Steuerberater bei der Olympia - auch das ist bekannt -; Steuerberater im KWF; Aufsichtsratsvorsitzender bei der Kelag; Aufsichtsrat der Volksbanken AG; Aufsichtsrat bei der Landesholding; Auftragsnehmer Wirtschaftskammer. Und es sind noch viele andere berufliche Aufgaben, die sie selbstverständlich erfüllen. (Abg. Dr. Strutz: *Und wo ist jetzt das Problem?*) Ja, wir wollen einmal wissen, was diese Herren und die anderen Firmen, die da tätig sind, erhalten; wer das genehmigt hat und ob der Kärntner Landtag über diese Dinge informiert ist.

Die Medien haben ja ausreichend darüber berichtet. Ich werde jetzt der FPÖ nicht eine Vorlesung machen, sondern ich glaube, jeder kennt die Artikel über Netzwerk der Macht. (Abg. Steinkellner: *Ein positiver Bericht!*)

Ich nehme nicht an - nachdem die anderen Dringlichkeitsanträge als "nicht dringlich" angesehen worden sind -, daß die FPÖ dem zustimmt. Ich würde Sie trotzdem auffordern, das zu tun! Ansonsten werden wir zu diesem wichtigen Thema uns im Ausschuß noch eingehend unterhalten. Danke! (Beifall von der SPÖ-Fraktion)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wenngleich die Begründung vielleicht nicht ganz diejenige war, die uns überzeugen kann - das möchte ich so sagen -, ist die Intention jedenfalls nicht ganz so schlecht wie das andere, das heute eingebracht wurde.

Und ich möchte daher folgendes sagen. Zum einem, bitte in Erinnerung zu rufen, weil die Olympiagesellschaft durch Kollegen Arbeiter schon angesprochen wurde, Steuerberater war in dem Zusammenhang, als Experte eingesetzt, der Bürgermeister von St. Urban SPÖ, Huber. Da zu sagen, daß das immer die anderen sind und mit dem Finger hinzuzeigen, ist genau diese Unkultur die wir uns sparen könnten. Wir brauchen - das ist klar - auch dort objektivierte Grundsätze wo es um externe Beratungsaufträge geht. Das ist selbstverständlich klar.

Wir brauchen aber etwas zweites. Wir müssen uns neben dem was wir hier manchmal an Gesetzesflut produzieren, auch ein bißchen selbstkritisch überlegen, ob wir diese Expertenflut und diese Expertisenflut oft brauchen. Wir arten oft aus in verschiedensten Bereichen die rein konzeptiv sind. Da werden Konzepte geliefert, gebracht, hereingestellt, in Auftrag gegeben, von denen man oft nicht weiß, wofür sie wirklich gut sind, wofür sie nütze sind. Und was dann besonders zu beobachten ist, daß die eine mit der anderen Studie oft nicht korreliert bzw. unabgestimmt in Auftrag gegeben wird. Und deswegen wäre es überhaupt sinnvoll, sich darüber in der Regierung einmal Gedanken zu machen, wie man das in den Griff bekommt, indem man etwas - ich möchte einmal sagen - konstruktiver und planvoller bei diesen Dingen ans Tagwerk geht, weil das oftmals sehr

Dr. Wutte

irritierend ist, wenn man sieht, die Regierung gibt dort und da einen Studienauftrag. Zwei Jahre später gibt es einen anderen Referenten, dann geschieht wieder was. Das ist zum Teil wirklich unwirtschaftlich was hier gemacht wird. Konzeptives Unwesen und Expertenunwesen soll auch nicht Platz greifen. Es müssen auch politische Entscheidungen fallen, aber diese Frage gehört in irgendeiner Weise auch konsolidiert, daher bin ich der Meinung, wir sollten uns darüber unterhalten. Wenn es keine Zustimmung gibt, werden wir auch im Ausschuß darüber beraten können. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo nimmt seinen Platz ein.)* Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, somit wird dieser Antrag ebenfalls dem Finanz- und Wirtschaftsausschuß zugemittelt. Ich bitte den Schriftführer, weiter über den Einlauf zu berichten.

Schriftführer **Mag. Arnold**:

5. Ldtgs.Zl. 120-7/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Der säumige Landespersonalreferent Dr. Haider wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, daß einerseits das Verfahren zur Besetzung der Patienten-anwaltschaft rasch durchgeführt und andererseits auch die durch das Ausscheiden des bisherigen Leiters der Kulturabteilung vakant gewordene Funktion eines Abteilungsleiters unverzüglich ausgeschrieben wird.
Der Antrag trägt die erforderliche Zahl von Unterschriften.

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Wulz das Wort.)

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Warum braucht Kärnten eigentlich eine Patientenanwältin? Ich werde noch einmal meine Kollegin Cernic wiederholen. Seit Aufnahme der Tätigkeit ergaben sich 24.328 Vorsprachen und Interventionen. Im Jahre 1998 wurden 3.809 Vorsprachen abgewickelt, wobei 609 Fälle aufgenommen wurden. Und das Informationsbedürfnis der Bevölkerung nimmt weiterhin zu. Es gibt sehr viele umfassende Aufgabengebiete der Patientenanwältin und ein Faktum bleibt nach wie vor bestehen, daß das persönliche Gespräch durch nichts zu ersetzen ist. Der Trend zum aufgeklärten selbstbestimmenden Patienten hält weiter an.

Die Arbeit der Patientenanwältin ist sehr vielseitig und beinhaltet ein breites Spektrum. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich in den letzten Jahren von der Patientencharta, patientenorientierte Qualitätssicherung und Riskmanagement, verschuldensunabhängige Kompensation von Patientenschäden, Schlichtungsstelle des Landes Kärnten, Prüfung und Beratung bei vermuteten oder tatsächlichen Behandlungsfehlern, Hilfestellung und Mediation, Risikoaufklärung und Dokumentation, Ethikkommission des Landes Kärnten, Bewältigung des letzten Lebensabschnittes, Patiententestament, Recht auf Schmerzfreiheit, Selbstmedikation, Plattform "Rettet ein Leben - Knochenmarkspende", Mitarbeit Entwicklungsleitbild "Zukunft Kärnten". Ein sehr umfangreiches Aufgabengebiet der Patientenanwältin, aber bis heute hat Kärnten noch immer keine Anwältin.

Im Landesgesetzblatt 1990/53 § 2 steht: ... *(LH Dr. Haider: Anwalt! Wer sagt denn, daß es eine Anwältin wird!)* ... Anwalt! Anwaltschaft! "Die Landesregierung hat bei der Bestellung auf das Ergebnis eines die Chancengleichheit aller Bewerber und Bewerberinnen gewährleistenden Auswahlverfahrens (Objektivierungsverfahrens) Bedacht zu nehmen. Daraufhin wurde schon im Frühjahr objektiviert, dann wurde annulliert und

Wulz

bis heute ist nichts passiert. In der KTZ vom 19.8.1999 schreibt Herr Jost: "Die Arbeit geht eh weiter." (*Abg. Lutschounig: Der hat schon viel geschrieben!*) Wozu brauchen wir dann eine Patientenanwältin, wenn unabhängig von der Objektivierung die Arbeit von Anwaltschaft erledigt wird? Ich kann Ihnen heute schon sagen wie es weitergehen wird. Das Objektivierungsverfahren wird ein bißchen mehr oder weniger geändert und schon paßt. Und schon paßt auf eine bestimmte Person. Man richtets sichs. Es hat sich nicht viel verändert zu 1989, sowie damals. Sowie damals wird mit Wasser gepredigt und Wein getrunken. Leidtragende sind die Patienten, die zum einen auf ihre Anwältin oder Anwalt verzichten müssen und der Willkür parteipolitischer Ziele ausgesetzt sind. Faktum ist, daß Kärnten einen Patientenanwalt oder eine Patientenanwältin braucht, der oder die die besten Voraussetzungen mitbringt und das unverzüglich.

Ich fordere daher den Landtag auf, der Dringlichkeit die Zustimmung zu erteilen. Der Dringlichkeit deswegen die Zustimmung zu erteilen, weil die Kärntner und Kärntnerinnen einen Patientenanwältin oder -anwalt brauchen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.*)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die Ausschreibung um die Patientenanwaltschaft ist ja erfolgt und nachdem die Objektivierungskommission eine Vorausscheidung getroffen hat, da mußte - aus welchen Gründen auch immer, ich sage politische Gründe, weil ich es weiß - die Objektivierung aufgehoben werden. Und erst der öffentliche Druck hat dazu geführt, daß im Zuge der Neuausschreibung festgelegt wurde, daß für die Patientenanwaltschaft eine medizinische Ausbildung notwendig und Voraussetzung ist. Das halte ich im Sinne einer Qualitätsverbesserung für ganz ganz bedeutungsvoll und meine, daß das was bisher in diesem Bereich stattfindet, eine Anmaßung ist. Eine Anmaßung der Politik, daß ein Politiker sagt, die patientenanwaltliche Tätigkeit ginge ohnedies weiter.

Es hat mich am vergangenen Freitag eine Frau in Klagenfurt angesprochen, die mir gesagt hat, daß sie sich an die Patientenanwaltschaft gerichtet habe, mit einem aus ihrer Sicht begründeten Anliegen und hat gesagt: "Ja, es ist jetzt schwierig, weil es ja keinen Patientenanwalt gibt." Dann wurde ihr am Telefon gesagt: Nana, da brauchens überhaupt keine Sorge haben. Das läuft alles ohnedies weiter. Das ist eine Amtsanmaßung.

Wir brauchen in Kärnten sofort eine Patientenanwältin oder einen Patientenanwalt. Warum? Es geht um die Qualitätssicherung innerhalb unserer Spitäler und innerhalb unserer ärztlichen Leistungen. Das schon deshalb, weil wir aus einem anderen Bundesland auch eine Diskussion hereinbekommen haben, mit der wir, Gott sei Dank, keine Probleme haben. Es geht um die Abwendung von Kosten, die die Bürger haben und das Land haben könnte, und es geht um die Beratung der Menschen im Bereich der gesundheitlichen Dienstleistung. Und was wir wollen - und das habe ich seit Jahren verfolgt - und es wird solange kein Ende der Diskussion geben, bis wir in diesem Land auch die verschuldensunabhängige Ausgleichszahlung eingeführt haben werden. Frau Dr. Lakomy als unsere Patientenanwältin hat dieses Thema längere Zeit verhandelt. Es wurde ohne Ergebnis abgebrochen, nachdem Frau Dr. Lakomy ausgeschieden ist. Wir meinen, daß wir diese verschuldensunabhängigen Ausgleichszahlungen gemeinsam mit der Qualitätssicherung einer Lösung zuführen müssen, damit die Bürger zu ihrem Recht kommen. Die Objektivierung ist für mich das oberste Prinzip. Es muß die beste Frau oder der beste Mann auf diese Stelle als Patientenanwalt für Kärnten. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Strutz das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Ich möchte nur einige Klarstellungen dazu geben, die offenbar den Antragstellern nicht bekannt gewesen sind. Und Kollege Sablatnig, dieser Akt, den hat der ... (*Zwischenruf von Abg. Sablatnig.*) ... na, schon. Du hast von einer parteipolitischen Eingriffnahme in das

Dr. Strutz

Objektivierungsverfahren gesprochen. Faktum ist, daß der Landeshauptmann diesen Akt von seinem Vorgänger Zernatto geerbt hat, der absolut dilettantisch vorbereitet gewesen ist und daß der Grund der Rücknahme des Objektivierungsverfahrens jener gewesen ist, daß nämlich die Ärztekammer darauf hingewiesen hat und ausdrücklich verlangt hat, daß es zu einer neuerlichen Stellenausschreibung kommt, daß nämlich auch der Landessanitätsrat und andere Experten sich dafür ausgesprochen haben, daß die in Frage kommende Position, daß die Bewerber und Bewerberinnen ein abgeschlossenes Studium der Medizin vorzuweisen haben, was aus meiner Sicht auch absolut gerechtfertigt für diese Funktion gewesen ist. Das ist der tatsächliche Grund, warum dieses Objektivierungsverfahren gestoppt wurde, nämlich das dringende Ersuchen des Landessanitätsrates der Kärntner Ärztekammer und aller unmittelbar Betroffenen im Gesundheitsbereich, die darauf hingewiesen haben, daß man hier nicht einen Juristen einsetzen soll, sondern daß jemand zum Tragen kommen sollte, der ein abgeschlossenes Medizinstudium hat. Und weil dieser Akt eben nicht mit dem Betroffenen besprochen worden, hat er auch gestoppt werden müssen.

Und noch ein zweiter Punkt, warum hier eingegriffen werden mußte und was im Zuge des neuen Objektivierungsverfahrens beseitigt werden konnte, nämlich, daß die ausgeschiedenen Bewerber auch eine ausführliche Begründung unter Anführung der herangezogenen Kriterien übermittelt bekommen und nicht nur ein lapidares Schreiben, daß sie nicht zum Zug gekommen sind. Das ist übrigens eine Forderung, die wir ja hier im Landtag erhoben haben, auch im Zusammenhang mit der Einspruchsfrist, wo ja hier der Herr Landeshauptmann die Novellierung des Objektivierungsgesetzes bereits fertig vorbereitet und auf Schiene hat, wo hier jetzt auch für übergangene oder nicht zum Zuge Gekommene das Objektivierungsverfahren so enden wird, daß nämlich ein rechtmäßiger Bescheid bei den Leiterfunktionen ausgefertigt wird und hier auch eine Begründung nachgereicht werden kann. Das heißt, hier ist nichts zu hineingeheimnissen, sondern das ist eine korrekte Vorgangsweise, die von den

Betroffenen verlangt und gefordert wurde und deshalb ist auch die Dringlichkeit dieses Antrages für uns nicht gerechtfertigt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit neuerliche Abg. Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter Sablatnig (ÖVP):

Ich muß mich noch einmal zur politischen Scheinheiligkeit des Kollegen Strutz melden. Geschätzte Damen und Herren! Als die freiheitliche Gemeinderätin nicht in die engere Wahl einbezogen wurde, hat sich die FPÖ darüber aufgeregt, ... *(Abg. Dr. Strutz: Wer hat sich aufgeregt!)* ... daß sie nicht in die engere Wahl einbezogen wurde. *(Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.)* Es war nicht die Diskussion, ob Mediziner oder Jurist, es war die Diskussion, daß diese Frau hier nicht einbezogen wurde.

Zum zweiten ist für die Ausschreibung der Patientenanzwtschaft die ganz gleiche Ausschreibung herangezogen worden, als bei der Einführung der Patientenanzwtschaft in Kärnten. Daß es sich bei der Reihung um eine freiheitliche Gemeinderätin handelt ist ja mittlerweile bekannt. Und hier kann man nicht so scheinheilig tun, *(Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.)* ... daß es dafür eine Begründung gebe, die Ausschreibung aufzuheben. Sie hat die Qualitätskriterien gegenüber der Objektivierungskommission nicht erfüllt, daher gibt es keine Jammerei einer politischen Partei. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der einzige der jammert bist du!)* *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit und bitte, die Plätze einzunehmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit seiner Hand geben. - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Dieser Antrag wird demnach dem Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit zugewiesen.

Dipl.-Ing. Freunschlag

Ich ersuche den Schriftführer uns weiter über den Einlauf zu berichten.

Schriftführer **Mag. Arnold:**

6. Ldtgs.Zl. 30-2/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen.
Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, das Landesmusikschulwerk auf Basis des Kärntner Musikschulgesetzes entsprechend den Vorgaben im "Musikschulkonzept 2000" zu entwickeln.

Der Antrag trägt die erforderlichen Unterschriften.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Frau Abgeordnete Cernic gemeldet. Ich ersuche sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! In der 3., in der 4. und in der 7. Sitzung des Kulturausschusses wurde eine Petition die Situation der Musikschulen betreffend behandelt. Sie wurde behandelt, unter Anhörung zahlreicher kompetenter Auskunftspersonen. Das Ergebnis möchte ich gerne kurz zusammenfassen.

Die Kärntner Musikschulen, entwickelt auf der Basis des Kärntner Musikschulgesetzes, waren in den siebziger Jahren vorbildlich. Diese Vorbildfunktion zeigt sich darin, daß auch Musikschulen anderer Länder (nämlich Oberösterreichs) genau nach dem Kärntner Modell entwickelt wurden. Natürlich ist aufgrund dieser vorbildlichen Arbeit der Bedarf an Musikschulplätzen gestiegen.

Vom Kärntner Landtag wurde 1992 einstimmig das "Musikschulkonzept 2000" beschlossen.

Dieses "Musikschulkonzept 2000" sieht vor, das Kärntner Musikschulwerk weiter zu entwickeln. Ein einstimmiger Beschluß, wie gesagt.

Seit damals hat sich aber für unser Musikschulwerk einiges verändert. Man hat zwar mit der Umsetzung des Konzeptes begonnen, aber im Schuljahr 1994/1995 hat dann der Stellenplan des Landes so quasi für das Musikschulwerk böse eingegriffen. Das Konzept konnte nicht mehr weiterentwickelt werden; nicht mehr weiter durchgeführt werden. Dem damaligen Kulturreferenten Ausserwinkler ist es gelungen - Gott sei Dank! -, das Musikschulwerk wenigstens aus der "Minus-Zehnprozent-Klausel" herauszuhalten.

Da die Nachfrage ständig gestiegen ist, wurde die Zahl der Schülerinnen und Schüler auf den Wartelisten immer länger und länger. (*Abg. Steinkellner: Wer war damals Referent? - Schiller!*) Das hat zur Folge gehabt, daß die Musikschulen - um dem Bedarf wenigstens ein bißchen Rechnung zu tragen - die Unterrichtseinheiten kürzen mußten. Mittlerweile ist man schon bei der Kürzung der Unterrichtseinheiten auf einer halben Stunde. Diese Maßnahmen tragen langsam aber sicher natürlich dazu bei, daß die Qualität der Ausbildung nicht mehr so ist, wie es eigentlich wünschenswert wäre.

Es gibt auch keine Möglichkeit mehr für andere Gemeinden, Musikschulstandort zu werden. Das scheint uns doch eine krasse Benachteiligung für die Jugendlichen in diesen Gemeinden zu sein.

In der 7. Sitzung dieses Kultur- und Bildungsausschusses am 22. Juni wurde dann die Generaldebatte einstimmig unterbrochen, mit der Maßgabe, zu diesem dringenden Punkt den Kulturreferenten und den Finanzreferenten zu hören. Obwohl es seit damals fünf - ich betone fünf! - weitere Ausschußsitzungen des Kultur- und Bildungsausschusses gegeben hat, war es bisher nicht möglich, den Kulturreferenten und auch den Finanzreferenten dazu zu bewegen, im Ausschuß zu diesen Fakten Stellung zu nehmen. Die Folge ist natürlich, daß das Ganze hängt.

Der Ausschußvorsitzende hat den Antrag mangels zuständiger Referenten schubladisiert. Ich hoffe, daß jetzt einsichtig wird, warum dieser

Mag. Cernic

Dringlichkeitsantrag ein Dringlichkeitsantrag ist!

Wenn der zuständige Landeshauptmann von Kärnten im Wahlkampf in ganz Österreich verschwindet - weil ihm der Ballhausplatz doch lieber ist als der Arnulfplatz, das Bärenthal und die Kärntnerinnen und Kärntner zusammen -, dann glaube ich, daß wir zu Recht diesen Landtag dazu benützen, um ihn halt an seinen bezahlten Arbeitsplatz zurückzurufen. *(Abg. Scheider: Sie ist ja bald vorbei, die Wahl!)*

Unsere Musikschulen haben in der Vergangenheit hervorragende Arbeit geleistet. Sie haben in der vergangenen Legislaturperiode auch zu Einsparungsmaßnahmen beigetragen. Sie haben ihren Beitrag dazu geleistet. Man muß also sagen, daß es jetzt genug ist. Sonst werden wir auch in der Musikschulentwicklung Schlußlicht sein.

Ich glaube einfach, daß wir ein hervorragendes Kärntner Musikschulgesetz haben, daß Ausgliederungen, Ausgliederungsszenarien, daß Verbalakrobatik und die Plakatierung von Antidrogenplakaten in Vorwahlzeiten uns nichts nützen. Wenn 1.400 Kärntner Mädchen und Buben sich einen Ausbildungsplatz in Musikschulen wünschen und ein Instrument erlernen sollten, dann sollten wir dafür froh und dankbar sein! Wir sollten alles daransetzen, dieses Musikschulwerk auf der Basis des schon bestehenden, einstimmig beschlossenen und hervorragenden Musikschulkonzeptes weiterzuentwickeln! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Eberhard das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir können auch für das Schuljahr 1999/2000 erfreulicherweise feststellen, daß unsere Musikschulen auf eine stark steigende Schüleranmeldung wiederum hinweisen können.

Leider ist es in der Regel so - so war es in den vergangenen Jahren und auch im Schuljahr 1999/2000 wird es nicht anders sein -, daß viele Bewerberinnen und Bewerber in unsere Musikschulen nicht aufgenommen werden können.

Wenn wir unser Kärntner Musikschulgesetz mit

anderen Bundesländern vergleichen, so können wir sagen: Es handelt sich um ein gutes, anerkanntes Musikschulgesetz. Aufbauend auf das Musikschulgesetz wurde das "Musikschulkonzept 2000" entwickelt, das zum Inhalt hat, daß in der schrittweisen Entwicklung eben eine personelle Aufstockung in unseren Musikschulen erfolgt und das in weiterer Folge sicherstellt, daß in Hinkunft unser Jugend (Bewerberinnen und Bewerber) in unserem Musikschulwesen vermehrt eine entsprechende Aufnahme findet.

Ich glaube, daß dieser eingeschlagene oder vorgegebene Weg sicher richtig ist und eine gute Basis für die Weiterentwicklung in unserem Musikschulwesen bildet. Man darf ja eines nicht vergessen: Wenn die Jugend in so hohem Maße hierfür Interesse zeigt, so soll das entsprechend gefördert werden; handelt es sich dabei doch um eine sehr sinnvolle Freizeitgestaltung, aber es ist doch auch eine wertvolle Basis für das gesamte Kulturgesehen in musikalischer Hinsicht hierzulande.

Wir werden auf jeden Fall diesem Dringlichkeitsantrag unsere Zustimmung erteilen. Danke schön! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist einigermaßen interessant, daß jetzt ein "Musikschulkonzept 2000" urgiert wird, das der vormalige Kulturreferent, Dr. Ausserwinkler, zu Grabe getragen hat. Daher ist die immer noch herrschende Misere im Kärntner Musikschulwerk ein Altlast der SPÖ und des damaligen Vorsitzenden Dr. Ausserwinkler!

Wenn Sie, Frau Kollegin Cernic, jetzt die Sitzungstätigkeit unseres Ausschusses angesprochen haben, so bin ich stolz darauf, daß wir mehr als doppelt so viel Ausschusssitzungen bisher gehabt haben als andere Ausschüsse, wo SPÖ-Abgeordnete Vorsitzende sind. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.)* Ich lasse mir auch nicht unterstellen - was Sie hier suggeriert haben -, daß wir beschlossen hätten, in der unmittelbar darauffolgenden Sitzung die

Dipl.-Ing. Gallo

beiden Referenten zu hören. Ich werde Ihnen aber sagen, Frau Cernic, wie wir unsere Arbeit machen. (*Zwischenruf der Abg. Mag. Cernic*) Wenn es sieben gewesen wären, wäre es auch nicht schlecht.

Ich werde Ihnen sagen, wie wir die Sache handhaben: Im Gegensatz zur Ära Ausserwinkler hat der Musikschulbeirat, der die fachlichen Vorstellungen auch einbringen muß, diesmal bereits nach weniger als zwei Monaten (nämlich am 28.7. des heurigen Jahres) seine konstituierende Sitzung gehabt. Der Wahltermin war 1994 und jetzt ungefähr gleich: im März - einmal am 13. und einmal am 17.

Dagegen ist es in der Ära Ausserwinkler erst im Oktober (am 27.) zur konstituierenden Sitzung gekommen. (*Nicht verständliche und daher nicht protokollierbare Zwischenrufe der Abg. Mag. Cernic.*) Wenn Sie herausgehen und Dinge behaupten, die weit der Realität sind, so bitte ich Sie, sich vorher zu informieren!

Leider hat es Ihre Kultursprecher-Vorgängerin, die jetzt in diesem Musikschulbeirat sitzt, unterlassen, dort teilzunehmen. Sie hat diese Sitzung geschwänzt, was ihr auch nicht ein gerade vorbildhaftes Zeugnis ausstellt.

Wir haben in der konstituierenden Sitzung bereits die Vorgangsweise festgelegt. Es hat seither mit einer Reihe von Experten Gespräche gegeben; parteiübergreifend, auch unter Anwesenheit des Kulturreferenten und Landeshauptmannes.

Es ist eine ganz, ganz tolle Stimmung. Ich orte unter dem Arbeitstitel des "Treibacher Kreises" eine Begeisterung, ein hervorragendes Klima und eine Aufbruchstimmung. In diesem Sinne werden wir auch weiterarbeiten!

Sie haben noch etwas gesagt; Sie haben den Ausschlußantrag zitiert. Lesen Sie den bitte durch! Der Ausschlußantrag (diese Petition) hat eine Verbesserung und eine Stärkung des Volksmusikanteiles im Musikschulwerk zum Inhalt. Etwas, zu dem nicht nur Dr. Ausserwinkler sondern auch die gesamte SPÖ 50 Jahre lang ein gestörtes Verhältnis gehabt hat und 50 Jahre Zeit gehabt hätte, das auch aufzuwerten. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Zwischenruf der Abg. Mag. Cernic.*)

Ich darf, um Ihre Gedächtnislücken zu schließen, noch weitere Informationen geben. (*Lärm im Hause. - Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Abgeordnete Gallo!*) Die Warteliste, die Sie zitieren, die gibt es derzeit nicht! Die ist derzeit noch in Ausarbeitung. Es finden zur Zeit erst die Aufnahmeprüfungen statt. Jedenfalls ist es so, daß es in der Vergangenheit in diesen Listen große regionale Unterschiede gegeben hat. Ich lade Sie ein, sich bei Ihrem Beiratsmitglied, dem Herr Ing. Mayerl, zu erkundigen. Er hat es übernommen, eine statistische Auswertung diesbezüglich zu machen. Es gibt eine Reihe von Pilotprojekten, die aber fachlich abgesichert werden müssen. Auch das wird in der nächsten Beiratssitzung am Programm stehen. Und es gibt darüberhinaus ein Maßnahmenpaket zur Effizienzsteigerung.

Ich lade Sie ein: Gehen Sie noch einmal zu Dr. Ausserwinkler, der hier zwei Jahre lang versprochen hat, 15 zusätzliche Dienstposten zu schaffen - die aber bis heute ausgeblieben sind. Was wir machen werden, das ist eine Lösung, wo Nägel mit Köpfen gemacht werden. Da werden wir uns von Ihnen nicht drängen lassen. Denn das, was jetzt aufzuholen sein wird, ist ein Versäumnis, das beinahe über Jahrzehnte geht!

Wir werden jedenfalls mit den Betroffenen, die jetzt überall eingebunden sind, weiterarbeiten. Und Sie werden sehen: Wir werden Lösungen präsentieren, die Sie "erzithern" lassen werden! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben! - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Dieser Antrag wird deshalb von mir dem Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß zugewiesen.

Ich bitte den Schriftführer, weiter über den Einlauf zu berichten!

Schriftführer **Mag. Arnold**:

Mag. Arnold

7. Ldtgs.Zl. 147-3/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die für einen weiteren zügigen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen notwendigen finanziellen Mittel im Landesvoranschlag 2000 bereitgestellt werden.

Der Antrag trägt die erforderliche Zahl von Unterschriften.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Familie steht im Mittelpunkt der Innenpolitik Österreichs in diesem Wahlkampf, und das auch zuvor und mit Sicherheit auch danach. Wenn die Wertigkeit einer guten Familienpolitik zum Glück auch nach Wahlen außerhalb des politischen Streites steht, so vermute ich es.

120.000 Kinderbetreuungsplätze fehlen in Österreich. Die Kinderbetreuungsplätze sind Ländersache. In Gemeinsamkeit mit den Gemeinden ist hier Abhilfe zu schaffen. Ich glaube daher, daß unsere Intention die richtige ist, auf dem Gebiet der Kinderbetreuungsplätze die Mittel zu sichern und hier für eine entsprechende Befriedigung des Marktes zu sorgen.

Denn wir wollen - und es ist unser Ziel - einen Anspruch für Kinderbetreuungsplätze auch realisieren. Der Betreuungsplatz ist es, der die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Und sonst nichts anderes. Denn wenn dieser fehlt, nützen auch geldliche Mittel nichts. Wenn dieser fehlt, nützt es nichts, wenn die Akribie darin liegt, ständig Neues zu verfolgen, obwohl wir in Österreich - und das sei auch hier in dem Zusammenhang einmal klar herausgestellt - international ein Spitzenfeld einnehmen, was die Familienpolitik angeht. Bei der Familienförderung innerhalb der EU-Staaten

liegt an zweiter Stelle Österreich. Und das ist vorbildhaft!

(Abg. Ramsbacher: Dank der ÖVP!) Lieber Herr Kollege! Familienpolitik hat es schon gegeben, da hat es noch keinen Bartenstein gegeben. *(Abg. Ramsbacher: Familienleistungen!)* ... Familienleistungen - Familienpolitik ist der Übertitel. Und hier drinnen ist alles das, was an Leistungen erbracht wird.

Ich möchte aber hier auch noch klar und deutlich zum Ausdruck bringen, warum Kinderbetreuungsplätze? Denn die sind es, die verhindern, daß die Frauen lange vom Beruf fernbleiben. Das gilt ja nicht nur für Frauen, das wissen auch alle jene die irgendwann einmal den Job verloren haben und so ähnlich ist es ja auch zu sehen. Je länger man weg ist vom Beruf, umso schwieriger wird der Wiedereinstieg. Wahlfreiheit: Ein nächstes Schlagwort; ist ja auch nur gewährleistet bei Vorhandensein eines entsprechenden Angebotes. Was nützt die Wahlfreiheit, wenn wie beispielsweise in Deutsch/Griffen, die Wahlfreiheit nur ein Schlagwort ist, weil es nämlich keine Kinderbetreuungsplätze gibt.

Nächstes: Angebot und Qualität - die müssen stimmen. Wir wollen sicherstellen, daß mit den Mitteln des Landes, des Bundes, einheitliche Qualitätsstandards in den Kindergärten vorhanden sind. Sinnvolle Öffnungszeiten, die sich am Bedarf der Betroffenen, sprich der Eltern, der Mütter, orientieren und auch verpflichtende Aus- und Weiterbildung. Das sind Qualitätsmerkmale die gewährleistet sein müssen, denn wir wollen keinen Betreuungsmarkt mit einer minderen Qualität und mit schlechten Öffnungszeiten. Die Betreuungsplätze - und das ist das nächste - müssen leistbar bleiben. Anstelle von Familienleistungen die nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, wollen wir hier eine soziale Staffelung für die Kinderbetreuungsplätze anstreben. Wir wissen, geschätzte Damen und Herren, der Deckungsgrad in Kärnten bei den Kindergärten ist mit 72 Prozent, einer der verbesserungswürdig ist. Unser Ziel muß es sein, einen 100-prozentigen Deckungsgrad zu erreichen. Anders sieht es bei den unter Dreijährigen aus. Hier ist der Deckungsgrad bei

Schlagholz

10 Prozent. Und da ist es Ziel von uns, mehr Mitteleinsatz für leistbare, eine qualitative und am Bedarf der Familien orientierte Kinderbetreuungsplätze zu erreichen. Der Markt der Kinderbetreuungseinrichtungen darf, geschätzte Damen und Herren, wegen Geldmangel nicht privatisiert werden.

Wir haben die Befürchtung, daß bei einer Familienpolitik, die andere Schwerpunkte setzt, daß hier im Bereich der Kinderbetreuungsplätze ein Markt entsteht, in dem es einen Diskontkindergarten, oder einen hochwertigen und nicht für alle leistbaren Kindergarten gibt. Daher sichern wir gemeinsam! Unterstützen Sie diesen Antrag mit den nötigen finanziellen Mitteln, den forcierten Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen in unserem Bundesland. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Grilc das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden seitens des ÖVP-Klubs diesen Antrag mittragen, weil wir einfach auch für Kinderbetreuungseinrichtungen im allgemeinen eintreten wollen. Wir haben in diesem Sinne auch in der letzten Sitzung einen Antrag auf betriebsgerechte Kindergärten eingebracht. Auch nach meiner Erfahrung auf kommunaler Ebene als Bürgermeister kann ich nur sagen, es gibt natürlich Nachholbedarf bzw. nach wie vor Bedarf an solchen Einrichtungen und daher sind wir gut beraten, wenn wir eben die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stellen. In diesem Sinne stimmen wir zu. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Mit 39 Sekunden die kürzeste Wortmeldung. Es kann jeder Abgeordnete seine Redezeit bei mir nachfragen. Ich schreibe das jetzt immer auf. Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer damit einverstanden

ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Dieser Antrag wird somit dem Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit zugemittelt.

Ich bitte den Schriftführer um die weitere Mitteilung des Einlaufes.

Schriftführer **Mag. Arnold**:

8. Ldtgs.Zl. 83-4/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Landesfinanzreferent Ing. Pfeifenberger wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß zur Realisierung des Beschlusses des Kärntner Landtages vom 16.9.1999 betreffend die Berufsanerkennung der AltenfachbetreuerInnen, die dafür notwendigen finanziellen Mittel im Landesvoranschlag 2000 bereitgestellt werden, da ohne entsprechende budgetäre Vorsorge für diese Berufsgruppe zwar eine Berufsbezeichnung geschaffen wird, die jedoch ohne Auswirkung auf die Position der AltenfachbetreuerIn bleibt.

Der Antrag trägt die erforderliche Zahl von Unterschriften.

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Kollmann das Wort.)

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! In der letzten Landtagssitzung wurde mit Mehrheit beschlossen, daß bei der Anerkennung des Altenfachbetreuers auf Landesebene die Regierung aufgefordert wird, das Gesetz so vorzubereiten. Ich habe damals eigentlich an dieses Hohe Haus appelliert, daß wir eine gemeinsame Vorgangsweise in dieser Frage einschlagen sollten. Daß im Bund das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz geändert werden sollte, um damit hier wirklich dem so Rechnung zu tragen wie es für ganz Österreich notwendig wäre, für alle Altenfachbetreuer.

Kollmann

Wir wissen alle, daß die Ausbildung zum gehobenen Dienst im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz mit 4.600 Stunden fixiert ist, daß die Pflegehilfe mit 1.600 Stunden im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz drinnen ist und daß wir für diese 1.040 Stunden, diese Zusatzausbildung, wo es 26 Schulen in Österreich gibt - das habe ich das letzte Mal alles schon gesagt - jetzt mittels Landesgesetz anerkannt werden. Wir wissen - und ich habe darauf auch schon das letzte Mal hingewiesen - daß es einen Mindestlohntarif gibt und daß selbstverständlich heute, wenn ein Altenfachbetreuer mittels Landesgesetz anerkannt wird, dann auch bei den vielen privaten Trägern, Heimen, aber auch in den Krankenanstalten ja selbstverständlich der Altenfachbetreuer mit dieser Berufsbezeichnung dann auch dieses Gehalt zu bekommen hat. Es werden - das habe ich auch bereits das letzte Mal gesagt - jährlich in etwa 100 Altenfachbetreuer in Kärnten ausgebildet.

Derzeit sind rund 750 Altenfachbetreuer in Kärnten tätig, das heißt, diese 750 Altenfachbetreuer haben, wenn das Gesetz jetzt kommt, selbstverständlich einen Anspruch auf ein höheres Gehalt. Mit Erlassung des Landesgesetzes und mit dem Berufsbild, das ja gefordert wurde, ist daraus nicht ableitbar - das habe ich das letzte Mal auch gesagt - daß dieser Berufsschutz auch gewährt wäre, aber die zwingende Einstufung in einen Mindestlohntarif ist damit gesetzlich gegeben. Ich glaube, daß damit dies auch von unserer Seite sichergestellt werden sollte.

Ihr wißt alle, daß heute im privaten Bereich, bei den privaten Trägern Pflegehelfer mit einem Grundlohn eingestellt sind. Ich rede immer nur vom Grundlohn, von 13.500,- Schilling, und daß in diesem Mindestlohntarif der vom Bundeseinigungsamt festgelegt wurde, die Einstufung in der Stufe 1 mit 18.379,- Schilling festgelegt ist. Und deshalb unser Dringlichkeitsantrag an den Finanzreferenten, für die dadurch entstehenden Mehrkosten von rund 15 Millionen Schilling im Budget 2000 auch Vorsorge zu treffen. Ohne entsprechende Vorsorge, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre es nicht möglich, daß die privaten Träger und auch die privaten Heimbetreiber die

Pflege betreiben, (*Zwischenruf von Abgeordneter Steinkellner.*) ... Frau Abgeordnete Steinkellner, wir waren uns in dieser Frage, glaube ich, alle einig, da wir gesagt haben, es wäre notwendig österreichweit etwas zu tun. Es ist Vorsorge zu treffen, daß diese Mehrkosten von rund 15 Millionen Schilling auch im Budget 2000 untergebracht werden. Ich glaube, es ist notwendig, daß heute dieser Dringlichkeitsantrag auch von allen Fraktionen mitgetragen wird, damit auch der Finanzreferent diese Vorsorge treffen kann. Ich hoffe auf eure Zustimmung. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.*)

Abgeordneter Sablatnig (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Wir haben es bei diesen neuen Ausbildungsformen insbesondere damit zu tun, daß die Ausbildungsmöglichkeiten schneller geschaffen werden als danach die beruflichen Anerkennungen. Wir haben es bei den Fachhochschulen so, daß wir im Kärntner Landtag einen Antrag um die Anerkennung der Fachhochschulabgänger im Bereich des öffentlichen Dienstes eingebracht haben. Wir haben dieselbe Situation bei der Berufsreifeprüfung. Wenn jemand eine Berufsreifeprüfung nach einer Lehre absolviert hat, wird er im öffentlichen Dienst einem Maturanten gleichgestellt - auch diese Frage ist leider noch nicht endgültig abgeschlossen. Und im Zusammenhang mit dem Altenfachbetreuer gilt das Gleiche.

Die Caritas bildet seit vielen Jahren Altenfachbetreuer aus. Die Caritas hat den Auftrag vom Bund bekommen, diese Ausbildungsformen durchführen zu können. Es werden im Jahr 75 bis 100 ausgebildet. Vier Wochen nach dem Ausbildungslehrgang sind alle beschäftigt und niemand redet mehr über das Geld. Daher ist die Organisationsform wie die Leute eingesetzt werden, welche Berechtigung sie im Einsatz haben wesentlicher, als die Diskussion die hochgerechnet einen bestimmten Betrag ausmacht. Wir haben uns gemeinsam dazu entschlossen, daß es in Kärnten den Altenfachbetreuer geben soll, gemeinsam

Sablatnig

mit den Kolleginnen und Kollegen der freiheitlichen Fraktion. Wir bekennen uns dazu, wir werden dieses Thema durchtragen und wir werden auch auf Bundesebene dafür sorgen, daß es einen Berufsschutz für diese neue Berufsform geben soll, das heißt, die sozialrechtliche Absicherung.

Was aber für mich wesentlich ist, ist daß die Gesundheits- und Sozialsprengel so weiter entwickelt werden, daß das Angebot welches über die Gesundheits- und Sozialsprengel an unsere Bürger herangetragen wird, von den Bürgern auch entsprechend genutzt wird. Wir haben seinerzeit bei der Einführung des Pflegegeldes ganz besonders darauf Rücksicht genommen, daß der Bürger selber die Wahlfreiheit haben soll die Leistungen in Anspruch zu nehmen. Ist die Familie in der Lage diese Leistung zu erbringen, ist das das Geld der Familie. Ist die Familie nicht in der Lage, muß es möglich sein, von mehreren Anbietern Leistungen zuzukaufen. Und Konkurrenz im Sozialbereich ist jedenfalls nichts Schlechtes. Wir werden jedenfalls diesem Antrag auch die Zustimmung geben, weil es einfach ein Schritt weiter ist auf dem Weg, daß wir in Kärnten die Altenfachbetreuer bekommen und daß sie auch die entsprechenden sozialrechtlichen Absicherungen bekommen können. Danke. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit zu diesem Antrag. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Ich weise den Antrag dem Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit zu.

Ich bitte den Herrn Schriftführer um die Mitteilung des Einlaufes.

Schriftführer **Mag. Arnold:**

9. Ldtgs.Zl. 80-3/28:

Dringlichkeitsantrag

aller

Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, entsprechend dem Tiroler Modell ein Schulstartgeld in der Höhe von S 2.000,-- /Schüler und pro Schuljahr für alle schulpflichtigen Kinder ab dem 6. Lebensjahr bis zumindest dem 14. Lebensjahr einzuführen. Der Antrag trägt die erforderliche Zahl von Unterschriften.

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung des Antrages Abg. Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Geschätzte Damen und Herren! Die Einführung des Schulstartgeldes ist für uns ein sehr wesentliches jugendpolitisches Thema. Nachdem Untersuchungen ergeben haben, daß die Eltern ... *(Abg. Steinkellner: Hättets das gemacht mit dem Zernatto!)* Ja wir haben das letzte Mal keine Zustimmung bekommen, weil wir der Auffassung sind, daß es ein wichtiges Thema ist, daher müssen wir diesen Antrag neuerlich dem Kärntner Landtag vorlegen. Vielleicht hat ein Umdenkprozeß stattgefunden.

Es haben Erhebungen bei den Elternorganisationen stattgefunden die festgestellt haben, daß ein Schulanfänger im Zusammenhang mit einer Volksschule, mit einer Hauptschule, am Schulstart 1.900,-- Schilling kostet und daß die Schulkosten im Laufe des Jahres weitere 2.800,-- Schilling betragen. Das ist schon eine ganz beachtliche Belastung für die Familien. Bei den AHS- und BHS-Schülern sind die Kosten natürlich wesentlich höher. Wir haben hier Startkosten mit 6.000,-- Schilling und Jahreskosten mit 3.100,-- Schilling. In der Oberstufe des Gymnasiums sind es 7.200,-- Schilling und 6.700,-- Schilling Jahreskosten. Die HTL ist noch um ein Wesentliches teurer. Schulstart mit 10.500,-- Schilling und Jahreskosten mit 3.700,-- Schilling. Diese besonderen Belastungen für die Familie müssen über die öffentliche Hand abgedeckt werden. Und diese Abfederung lautet Schulstartgeld und würde dem Land Kärnten rund 100 Millionen Schilling kosten. Das ist nicht mehr und nicht

Sablatnig

weniger als die 100 Millionen Schilling Dividende die die KELAG für das Land Kärnten noch bezahlt hat vor der Strompreissenkung. Dieses Geld soll sinnvollerweise für Sozialmaßnahmen, für die Jugend unseres Landes eingesetzt werden. *(Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.)*

Die Frage des Schulstartgeldes ist eine Frage, wie das Land mit der Jugend umgeht. Und hier können wir ein Musterbeispiel setzen! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Koncilia das Wort. - Abg. Dr. Strutz: Zuerst wegnehmen! - Abg. Steinkellner: In Wien, auf Bundesebene, habt ihr ihnen zuerst alles weggenommen! - Lärm im Hause. - Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Meine Damen und Herren, etwas mehr Aufmerksamkeit! Am Wort ist der Herr Abgeordnete Koncilia. Ich bitte, ihn, zu sprechen! - Abg. Lutschounig: Jeder Baum ist fast geknickt!)

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident ! Hohes Haus! Dieser Antrag wurde, wie schon erwähnt, auch bei der letzten Sitzung behandelt. Wir meinen auch, daß gerade im Herbst, zu Beginn des Schuljahres, vermehrte Kosten und Probleme bei den Eltern anstehen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Durch die Belastungspakete der Bundesregierung!)*

Grundsätzlich ist unsere Überlegung, daß natürlich das soziale Moment mit eine Rolle spielen könnte, aber das Positive am Antrag überwiegt. Daher werden wir - so, wie bei der letzten Sitzung - auch diesmal der Dringlichkeit zustimmen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. - Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben! - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit! *(Abg. Sablatnig: Gegen die Jugend unseres Landes!)* Dieser Antrag wird dem Finanz- und Wirtschaftsausschuß zugemittelt.

Ich bitte den Herrn Schriftführer um den weiteren Einlauf!

Schriftführer **Mag. Arnold**:

Es folgen die Dringlichkeitsanfragen.

B. Dringlichkeitsanfragen:

1. Ldtgs.Zl. 210-2/28:

Anfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Landeshauptmann Dr. Haider mit folgendem Wortlaut:

Welche Maßnahmen haben Sie im Zusammenhang mit Postenbesetzungen im Lande Kärnten getroffen?

(Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Geschäftsordnung hat sich Abgeordneter Dr. Strutz gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Die Sozialdemokratische Fraktion hat einen Sonderlandtag zum Thema "Postenbesetzungen im Lande Kärnten" einberufen. Sie hat in Form des Dringlichkeitsantrages eine Reihe von Vorwürfen an den zuständigen Personalreferenten erhoben, wissend, daß im Rahmen der Geschäftsordnung eine Wortmeldung des Herrn Landeshauptmannes und Personalreferenten nicht möglich ist.

Deshalb hat die Freiheitliche Fraktion eine Dringlichkeitsanfrage an den Herrn Landeshauptmann eingebracht, damit auch ihm im Zuge des demokratischen Prozedere im Landtag die Möglichkeit einer Stellungnahme gegeben wird.

Ich darf daher SPÖ und ÖVP ersuchen, diesem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zuzuerkennen, damit der Dialog im Hohen Landtag stattfinden kann. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Dr. Strutz

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich komme geschäftsordnungsgemäß zur Abstimmung über die Dringlichkeitsanfrage; über die Debatte, die bei Zustimmung stattfinden kann. Wer für eine Anfragebeantwortung stimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben! - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit! (*Abg. Dr. Strutz: Das ist der "Sonderlandtag"! - Abg. Ing. Rohr: Zur Geschäftsordnung!*)
Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abgeordneter Rohr gemeldet!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Mein sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Die SPÖ hat die Landtagssitzung damit begründet, daß sie entsprechende Dringlichkeitsanträge eingebracht hat. Geschäftsordnungsgemäß wäre es möglich gewesen, den zuständigen Referenten das Wort zu erteilen, wenn die entsprechenden Dringlichkeitsanträge die entsprechende Mehrheit hier im Hohen Haus erhalten hätten. Das war von seiten der FPÖ so nicht gewollt. Und daher hat es für den Landeshauptmann keine Möglichkeit gegeben, als zuständiger Referent hier das Wort zu ergreifen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hoher Landtag! Ich glaube, daß es doch im Sinne des Hauses ist, entsprechende Auskunftserstattungen auch im Haus zu hören, wenn die Regierungsmitglieder hier anwesend sind. (*Lärm im Hause*)

Ich glaube, es ist doch sehr sinnvoll, wenn Regierungsmitglieder anwesend sind - was nicht immer der Fall ist -, daß man sie anhört. (*Lärm im Hause. - Heiterkeit beim Abg. Dr. Wutte.*) Ich darf Sie ersuchen, das auch so zu sehen! (*Abg. Dr. Wutte: Das hat er noch geschwind sagen müssen!*)

Damit wird diese dringliche Anfrage dem Herrn Landeshauptmann zugemittelt, der innerhalb der

geschäftsordnungsmäßigen Frist eine schriftliche oder mündliche Antwort erteilen wird.

Ich bitte um den Vortrag des weiteren Einlaufes!

Schriftführer **Mag. Arnold:**

2. Ldtgs.Zl. 142-6/28:**Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs gemäß § 24 der K-LTGO an Landesrat Ing. Pfeifenberger mit folgendem Inhalt:**

Bereits vor mehr als einem Jahr wurde im Wahlkampf seitens der FPÖ die Einführung eines Kinderbetreuungsschecks für ganz Kärnten versprochen. Bis dato wurden zwar unzählige Finanzierungsvarianten in die Welt gesetzt, eine konkrete Finanzierung steht aber bislang ebenso aus wie eine entsprechende budgetäre Vorsorge für das Jahr 2000. Da für die rund 38.000 Kinder in Kärnten unter sechs Jahren ein Milliardenbetrag aufzuwenden wäre, stellt sich die Frage, wie dies finanziert werden soll.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an Herrn Landesrat Pfeifenberger nachstehende Dringlichkeitsanfrage:

Gibt es ein konkretes Konzept zur Finanzierung des Kinderbetreuungschecks? Warum wurde es bisher weder dem Landtag noch der Landesregierung vorgelegt, und welche budgetäre Vorsorge wird im Landesvoranschlagsentwurf 2000 getroffen.

Der Antrag trägt die erforderliche Anzahl an Unterschriften.

(*Abg. Ing. Rohr: Zur Geschäftsordnung! - Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Rohr zur Geschäftsordnung das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir sind bei der heutigen Landtagssitzung davon ausgegangen, daß das zuständige Regierungsmitglied, Landesrat Pfeifenberger, auch als Finanzreferent anwesend sein wird.

Ing. Rohr

Nachdem er das letztmal bei der Landtagssitzung gefehlt hat und heute wieder fehlt, wollen wir diese dringliche Anfrage zurückziehen, mit der Maßgabe, diese bei der nächsten Sitzung - wir hoffen, daß bei der nächsten Landtagssitzung der zuständige Referent anwesend sein wird - wieder einzubringen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Somit ist diese Anfrage zurückgezogen und dieser Punkt erledigt. Ich bitte um den weiteren Bericht!

Schriftführer **Mag. Arnold**:

3. Ldtgs.Zl. 80-4/28:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs an Landesrat Ing. Pfeifenberger mit folgendem Wortlaut:

Sind Sie bereit, die Einführung eines Schulstartgeldes in der Höhe von S 2000 pro Jahr für jeden Pflichtschüler ab dem 6. bis zum 14. Lebensjahr rückwirkend mit 1. 10 1999 und für die zukünftigen Schuljahre sicherzustellen?

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich lasse abstimmen, ob in die Debatte zur dringlichen Anfrage eingetreten werden soll? Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist die Mehrheit! (*LR Wurmitzer, soeben im Plenum erschienen: Wo ist der Referent?!*)

Ich stelle fest: Es ist keine Wortmeldung da! Auch der Referent ist nicht da! (*Abg. Mag. Grilc will zu Wort kommen.*) Es ist keine Wortmeldung da! (*Abg. Dr. Wutte: Er muß ja sachlich begründen können!*) Es ist ja keine Wortmeldung da. (*Abg. Dr. Wutte: Aber, er kann sich erst jetzt melden!*) Ich habe abstimmen lassen! (*Abg. Dr. Wutte: Erst nach der Abstimmung!*) Na ja! Gut! Ich sehe das noch einmal nach.

Ich bitte, Vorkehrungen zu treffen, sich rascher zu melden - sonst muß ich in der Tagesordnung fortschreiten!

Zur Begründung der Anfrage der Anfragesteller hat sich Abgeordneter Grilc gemeldet. Ich erteile ihm das Wort! (*LR Wurmitzer: Wo ist der Referent?!*)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich tut es auch uns sehr leid, daß der zuständige Referent nicht hier ist. Ich gehe aber davon aus, daß es einen klaren politischen Willen einer Mehrheit dieses Landtages dafür gibt, daß dieses Schulstartgeld kommt. Das hat man aus den vorherigen Wortmeldungen gesehen.

Auch wenn die FPÖ der Dringlichkeit nicht zugestimmt hat, gibt es trotzdem eine Mehrheit. Daher werden wir der schriftlichen Antwort des Finanzreferenten einmal mit großem Interesse entgegensehen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt zu dieser dringlichen Anfrage keine Wortmeldung mehr vor. - Der Referent ist nicht hier. Es wird ihm diese Anfrage zugemittelt. (*Abg. Lutschounig. Aber, der kommt schon noch?*) Der kommt schon noch. Sicherlich! Er hat innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Festlegung Zeit, schriftlich oder mündlich die Antwort zu erteilen.

Ich bitte den Schriftführer, uns weiter über den Einlauf zu berichten!

Schriftführer **Mag. Arnold**:

C. Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 199-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Mag. Arnold

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß Entschädigungen für die Auswirkungen in Folge der Errichtung und des Betriebes von Stromerzeugungsanlagen auch für bereits länger existierende Anlagen für die betroffenen Gemeinden und der ansässigen Bevölkerung vorgesehen werden.

Zuweisung: **Ausschuß für Umwelt und Energie**

2. Ldtgs.Zl. 111-2/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, daß beim Bundespflegegeld eine dauerhafte Valorisierung ab dem Jahr 2000 vorgesehen wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

3. Ldtgs.Zl. 110-2/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, (*Unaufmerksamkeit im Hause. - Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Ich bitte um Aufmerksamkeit!*) bei der Bundesregierung dafür einzutreten, daß diese im Nationalrat einen Entwurf eines Verfassungsgesetzes zum Schutz der Seniorenrechte, im besonderen der bestehenden Pensionen, zuleitet.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

4. Ldtgs.Zl. 206-2/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Unterstützung zur Tagesmutter-Finanzierung für die Kärntner Pflichtschulkinder gewährleistet wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

5. Ldtgs.Zl. 204-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer branchenspezifische Kriterien zu erarbeiten und jene Betriebe, die frauen- und familienfreundlich agieren, jährlich auszuzeichnen.

Zuweisung: **Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß** unter Beiziehung des **Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit**

6. Ldtgs.Zl. 196-2/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Inhalt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für eine kostenneutrale Regelung zu sorgen, daß die Öffnungszeiten der öffentlichen Kindergärten nach den Bedürfnissen der Eltern und Kinder flexibler gestaltet werden.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

7. Ldtgs.Zl. 181-3/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Ärztekammer und der Kärntner Gebietskrankenkasse für die Gemeinde Stockenboi eine Planstelle für einen praktischen Arzt zu schaffen.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

Mag. Arnold**8. Ldts. Zl. 59-4/28:****Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen für die Erleichterung beim Zugang von natürlichen und nicht natürlichen Personen zur Sammlung, Ableitung, Reinigung, Behandlung oder Beseitigung der Abwässer zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen.

Zuweisung: **Ausschuß für Umwelt und Energie**

Schriftführer **Mag. Arnold:**

9. Ldts.Zl. 207-1/28:**Antrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß für Wasserverbände

- a) eine verpflichtende Gebarungskontrolle und Rechnungsprüfung vorgesehen wird,

- b) die Wirtschaftlichkeitsprüfung von Vorhaben und Projektabwicklungen verstärkt wird
- c) sowohl eine begleitende Kontrolle wie ein unbürokratisches Einschaurecht für betroffene Bürgerinnen und Bürger sichergestellt wird.

10. Ldts.Zl. 208-1/28:**Antrag aller Abgeordneten des SPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes über die Einrichtung eines Kärntner Rechts- und Legislativdienstes wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassung-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten**

Soweit der Einlauf des heutigen Tages.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Somit ist die Tagesordnung der heutigen 8. verlangten Sitzung erfüllt und ich schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 13.45 Uhr